



Wortprotokoll der 14. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 6. Juli 2022, 09:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus - Sitzungssaal 4.300

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

a) **Fachgespräch zur Lage der Auszubildenden auf
dem Ausbildungsmarkt**

Frau Dr. Dorn,

Abteilungsleiterin Bildung der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände

Herr Prof. Dr. Esser,

Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung
(BiBB)

Frau Hannack,

Stellv. Vorsitzende des Deutschen
Gewerkschaftsbundes, Bundesvorstand

Selbstbefassung 20(18)SB-18

Berichterstatter/in:

Abg. Jessica Rosenthal [SPD]
Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Friedhelm Boginski [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 2022

BT-Drucksache 20/1930

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Digitales
Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Jessica Rosenthal [SPD]
Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Friedhelm Boginski [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]

c) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 2021

BT-Drucksache 19/30295

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss Digitale Agenda

Berichterstatter/in:

Abg. Jessica Rosenthal [SPD]
Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Friedhelm Boginski [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]

d) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte
Berufsorientierung ermöglichen und gleichwertige
Qualifikationen konsequent sicherstellen**

BT-Drucksache 20/2340

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Jessica Rosenthal [SPD]
Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]
Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Friedhelm Boginski [FDP]
Abg. Nicole Höchst [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



- e) Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Pascal Meiser, Jessica Tatti, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**Ausbildungsplätze schaffen und gute
Ausbildungsqualität sichern**

BT-Drucksache 20/2335

Federführend:

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Mitberatend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Berichterstatter/in:

Abg. Jessica Rosenthal [SPD]

Abg. Stephan Albani [CDU/CSU]

Abg. Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Friedhelm Boginski [FDP]

Abg. Nicole Höchst [AfD]

Abg. Nicole Gohlke [DIE LINKE.]



Teilnehmende Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Seitzl, Dr. Lina Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Beyer, Peter Connemann, Gitta Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene Stahr, Nina	
FDP	Boginski, Friedhelm Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Höchst, Nicole Kaufmann, Dr. Michael	Kleinwächter, Norbert Moosdorf, Matthias
DIE LINKE.	Gohlke, Nicole Sitte, Dr. Petra	



Tagesordnungspunkt 1

a) Fachgespräch zur Lage der Auszubildenden auf dem Ausbildungsmarkt

Frau Dr. Dorn,

Abteilungsleiterin Bildung der
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

Herr Prof. Dr. Esser,

Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung
(BiBB)

Frau Hannack,

Stellv. Vorsitzende des Deutschen
Gewerkschaftsbundes, Bundesvorstand

Selbstbefassung 20(18)SB-18

b) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 2022

BT-Drucksache 20/1930

c) Unterrichtung durch die Bundesregierung

Berufsbildungsbericht 2021

BT-Drucksache 19/30295

d) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte Berufsorientierung ermöglichen und gleichwertige Qualifikationen konsequent sicherstellen

BT-Drucksache 20/2340

e) Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Pascal Meiser, Jessica Tatti, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Ausbildungsplätze schaffen und gute Ausbildungsqualität sichern

BT-Drucksache 20/2335

Der Vorsitzende **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich

würde jetzt beginnen wollen mit der Ausschusssitzung und unserem Fachgespräch. Ich bitte jetzt um Ruhe und wünsche erst einmal einen wunderschönen guten Morgen. Wir haben heute Vormittag ein knackiges Programm mit der 14., 15. und 16. Ausschusssitzung. Ich begrüße Sie jetzt erst einmal alle miteinander ganz herzlich zur öffentlichen Ausschussberatung „Fachgespräch zur Lage der Auszubildenden auf dem Ausbildungsmarkt“. Ich begrüße die Damen und Herren Sachverständigen, die Besucher/-innen und Mediavertreter/-innen und vor allem die anwesenden Ausschussmitglieder/-innen und auch die Zugeschalteten. Wie Sie wissen, findet dieses Fachgespräch als Präsenzsitzung statt mit zusätzlicher WebEx-Videokonferenz und die Öffentlichkeit wird durch die Saaltribüne hergestellt.

Als Sachverständige begrüße ich ganz herzlich Frau Dr. Dorn von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dort Abteilungsleiterin für Bildung. Ich begrüße Herrn Professor Dr. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) und Frau Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes vom Bundesvorstand (DGB).

Zur Strukturierung des Fachgesprächs, Ablauf, Zeit, technische Hinweise. Gemäß einer interfraktionellen Vereinbarung werden die Sachverständigen die Gelegenheit haben zu Beginn ein fünfminütiges Statement abzugeben. Und ich bitte Sie herzlich, nicht zu überziehen. Der Aufruf wird in alphabetischer Reihenfolge der Sachverständigen erfolgen. Die Reihenfolge der berichterstattenden und fragenden Mitglieder/-innen des Bundestages richtet sich nach der Fraktionsstärke. Jeder Fraktion stehen in der Berichterstatter/-innenrunde drei Minuten zur Verfügung. Für die weiteren Nachfragerunden stehen jeder Fraktion nach dem sogenannten Achterschlüssel zwei Minuten für weitere Fragen zur Verfügung. Das Ende des Gesprächs ist für ca. 11 Uhr vorgesehen. Es wird ein Wortprotokoll erstellt. Und ich möchte ausdrücklich eingangs noch auf folgende Vorlagen hinweisen: Zum einen die Bundestagsdrucksache 20/1930 Unterrichtung durch die Bundesregierung - Berufsbildungsbericht 2022 und die Bundestagsdrucksache 19/30295 Unterrichtung



durch die Bundesregierung -
Berufsbildungsbericht 2021 sowie die Anträge der
Fraktion der CDU/CSU sowie der LINKS-Fraktion.
Darüber hinaus sechs weitere
Ausschussdrucksachen mit diversen
Stellungnahmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem
Berufsbildungsbericht kommt das BMBF seinem
gesetzlichen Auftrag nach, die Entwicklung in der
beruflichen Bildung kontinuierlich zu beobachten
und der Bundesregierung jährlich zum 15. Mai
Bericht zu erstatten. Wir beraten heute vor allem
auf der Grundlage des Berufsbildungsberichts
2022. Wegen der Bundestagswahl 2021 kann der
Berufsbildungsbericht von 2021 erst heute beraten
werden. Beide Berichte verbindet, dass sie den
Ausbildungsmarkt unter den Bedingungen der
Corona-Pandemie beschreiben. Denn auch auf
dem Ausbildungsmarkt hat die Corona-Pandemie
deutliche Spuren hinterlassen. Für uns als
Ausschuss für Bildung und Forschung ist es
endlich in dieser Wahlperiode eine sehr, sehr gute
Gelegenheit und Möglichkeit, uns über die Lage
der Auszubildenden, über die Situation auf dem
Ausbildungsmarkt und über das Thema
Fachkräftesicherung mit Ihnen auszutauschen.
Die berufliche Aus- und Weiterbildung bildet eine
wesentliche Grundlage für Wirtschaftswachstum,
Wohlstand und sozialen Zusammenhalt in
Deutschland. Das deutsche Berufsbildungssystem
mit seinen vielfältigen Ausbildungs- und
Aufstiegsmöglichkeiten und
Qualifikationsniveaus bietet breite
Karrierperspektiven und garantiert eine hohe
Beschäftigungsfähigkeit. Die tragende Rolle der
Unternehmen, die enge Zusammenarbeit
zwischen Bund- und Ländern und Sozialpartnern
und die geringe Jugendarbeitslosigkeit in
Deutschland sind Kennzeichen dieses
Erfolgsmodells, das zurecht eine immer stärkere
internationale Anerkennung genießt. In den
letzten Jahren ist hier im Ausschuss zunehmend
die Frage des Fachkräftemangels in den Fokus
gerückt, aber auch die Debatte um Instrumente,
wie die Ausbildungsgarantie oder insbesondere
die Frage der Gleichwertigkeit von beruflicher
und akademischer Bildung. Wir freuen uns daher
auf den heutigen Austausch mit unserer Expert/-
innenrunde. Und ich erteile zunächst das Wort an
Frau Dr. Barbara Dorn für den BDA.

Sve **Dr. Barbara Dorn** (Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)):
Dankeschön, Herr Gehring, für das Gespräch und
insbesondere auch, dass in der gedrängten letzten
Sitzungswoche sich der Ausschuss diesem
wichtigen Thema, die Situation auf dem
Ausbildungsmarkt, annimmt. Und ich komme
sofort zur Sache. Die zentrale Fragestellung ist die
Situation der Jugendlichen auf dem
Ausbildungsmarkt der Bewerber. Und wenn wir
auf die Zahlen schauen, ist die Chancensituation
für die Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt
ausgesprochen gut. Wir haben eine Relation von
vier zu fünf: vier Bewerber und fünf Stellen. Es
war im vergangenen Jahr so trotz Pandemie. Es ist
auch ganz aktuell so. Wenn man auf die Zahlen
der gemeldeten Bewerber und Stellen im Juni
2022 schaut: 376.000 Bewerber stehen 495.000
gemeldeten Stellen gegenüber. Wir haben also
eine Situation, in der wir alle Kräfte darauf
konzentrieren müssen die jungen Menschen, die
jetzt aus der Schule kommen, die letztes Jahr aus
der Schule gekommen sind oder die überhaupt
eine Ausbildungschance auch über mehrere Jahre
noch nicht ergriffen haben, jetzt zu motivieren,
diese Möglichkeiten zu nutzen und tatsächlich
eine Ausbildungsstelle anzutreten. Ich möchte
auch darauf hinweisen, dass die
Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland
entsprechend dieser Chancen auf dem
Ausbildungsmarkt ausgesprochen niedrig ist. Wir
liegen bei 5,7 Prozent bei einem Schnitt von 10,1
Prozent in Europa und zum Beispiel 7,1 Prozent
in Österreich. Wichtig ist jetzt nach unserer
Wahrnehmung eine sehr positiv konnotierte
Kommunikation aller Beteiligten, der Politik, auch
Sie als Abgeordnete, der Wirtschaft, der
Gewerkschaften, der Experten, dass der
Ausbildungsmarkt die Chancen bietet und dass es
jetzt darum geht, die auch tatsächlich
wahrzunehmen. Es gibt kein Versorgungsproblem
für Jugendliche. Es gibt ein Problem für Betriebe,
die auf dem Ausbildungsmarkt nicht die Bewerber
finden, die sie brauchen. Einfach mengenmäßig
schon nicht. Und deshalb brauchen wir mehr
Ermutigung für junge Menschen, sich dieser
Berufswahl- und Berufsentscheidungssituation so
weit zu stellen, dass sie dann tatsächlich für sich
einen gewissen Bereich definieren: Wo möchte
ich beruflich hin und über welche Berufe und
über welche Ausbildungschancen kann das dann



auch tatsächlich geschehen? Aller Fokus sollte auf der Berufsorientierung liegen - gerade jetzt in den Monaten, bevor das Ausbildungsjahr startet. Ausbildungsabschlüsse sind ja bis zum Jahresende und darüber hinaus möglich. Ausgesprochen wichtig ist hier die Arbeit der Bundesagentur für Arbeit, die Berufserkundungstools mit immer mehr - jetzt auch wieder mit Analogangeboten – kombiniert und hier auch die entsprechenden Beratungsmöglichkeiten darstellt. Auch die Wirtschaft bringt sich hier intensiv ein. Und auch die ganze Allianz für Ausbildung, Politik, Wirtschaft, beide Sozialpartnerseiten, Kammern, Bund und Länder gleichermaßen. Im Sommer der Berufsbildung setzen wir alle daran, die jungen Menschen und auch ihre Eltern für diese entscheidende Lebenssituation jetzt zu sensibilisieren.

Frage der Ausbildungsgarantie: Wir sind wirtschaftsseitig dezidiert dafür, dieses Thema im Rahmen der Ausbildungsallianz als Chancengarantie weiterzuentwickeln. Wir haben dort schon seit 2013 den gemeinsamen Ansatz, jedem Jugendlichen über mehrere Wellen hinweg aktive Ansprache und auch mehrere Ausbildungsplatzangebote zu garantieren. Das ist angesichts der Breite der vorhandenen Ausbildungsplätze auch kein Problem. Und hier wird es jetzt darauf ankommen, in den Gesprächen über die Neuauflage der Allianz ab 2023 bestimmte Stellschrauben zu verbessern. Das betrifft Flexibilisierung der Einstiegsqualifizierung. Das betrifft Verbesserung des Übergangs von außerbetrieblicher Ausbildung in reguläre Ausbildung. Es betrifft die Unterstützung der Mobilität von Jugendlichen durch Azubi-Tickets und den Ausbau der Jugendwohnheime. Auch die Möglichkeit der Kombination der unterstützenden Instrumente wie Assistierte Ausbildung, ASA-flex und Einstiegsqualifizierung, EQ, mit sozialpädagogischen Hilfen und mit Nachhilfe muss breiter kommuniziert werden, damit Jugendliche und Betriebe hiervon auch Gebrauch machen.

Eine Ausbildungsgarantie, die Wunschberufe darstellt, würde dagegen eine Verzerrung am Ausbildungsmarkt mit sich bringen und die Integration in den Arbeitsmarkt letztlich

erschweren, weil jeder betriebliche Ausbildungsplatz, der angeboten wird, auch immer eine Reflexion auf anschließende Beschäftigungschancen ist. Denn Betriebe wollen ihre jungen Leute dann auch selbst beschäftigen.

Zum Thema Umlagefinanzierung möchte ich vorbringen, dass wir davon überhaupt nichts halten. Es geht im Moment nicht darum, zusätzliche Ausbildungsplätze zu erzeugen, sondern die vorhandenen wirklich auszulasten. Eine Umlagefinanzierung würde kleine Betriebe eher benachteiligen, die zwar sehr stark in der Ausbildung vertreten sind, letztlich 80 Prozent des Volumens stemmen, aber eben doch zum großen Teil nicht konsekutiv ausbilden: Ein Auszubildender für drei Jahre, Pause, der nächste Auszubildende. Das bedeutet, dass sie doch in vielen Fällen in solche Umlagetools einzahlen müssten. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die Ausbildungsqualität leidet, weil bei der Entscheidung für Ausbildung eine Kosten-Nutzen-Rechnung ins Spiel kommt. Und man dann lieber den Auszubildenden anstatt der Umlage wählt, ohne wirklichen betrieblichen Bedarf und ohne vielleicht auch wirkliche betriebliche Befähigung. Ich denke, ein weiteres spannendes Thema, das wir hier diskutieren, ist das der Gleichwertigkeit und wie man die darstellen kann, kann in den Fragen noch abgehandelt werden. Da hätte ich auch noch einiges dazu zu sagen.

Sv Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser
(Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB)): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte die Situation in eine längerfristige Entwicklung einordnen. Danach ist die Ausbildungslage angespannt. Mit Sorge schaue ich insbesondere auf die Nachfrageseite und die Ableitung, dass wir von einem abnehmenden Interesse junger Leute an der beruflichen Bildung sprechen müssen. Die strukturellen Probleme, die die berufliche Bildung hat, sind offensichtlich. Und die Fachkräftesicherung wird damit im wesentlichen System und auch in transformationsrelevanten Branchen massiv gefährdet. Gründe für die Schieflage - das sagen auch die Zahlen der demographischen Entwicklung und der Bildungstrend - schauen Sie, im Jahre 2000 hatten wir rund 1,7 Millionen Ausbildungsverträge, im Jahr 2020, also 20 Jahre später, sind es 400.000



Ausbildungsverträge weniger. Also ein massiver Rückgang, der auch noch einmal dokumentiert, dass hier irgendetwas nicht stimmt. Wir vermuten insbesondere auch Gründe im Strukturwandel. Die Soziologen verorten seit den 1960er Jahren eine Wendung, ein Strukturwandel weg von der Industriegesellschaft, hin in die Wissenswirtschaft und -gesellschaft und damit auch eine Veränderung in den kulturellen Begleiterscheinungen insbesondere dessen, was Bildung ist. Ich mache es einmal etwas pointiert: Die Verkopfung der Bildung, die sich auch in beruflichen Vorstellungen niederschlägt, das heißt alles das, was noch irgendwo mit Hand und mit Herz konnotiert wird, ist weniger angesagt als das, was mit Kopf konnotiert wird. Darunter hat das Ansehen vieler Berufe gelitten. Dieses Problem ist massiv. Und ich spreche auch nicht mehr von einem Fachkräftemangel, sondern mittlerweile auch von einer Fachkräftekatastrophe, wenn ich mir sehr viele Berufe beispielsweise im Handwerk anschau. Die Aufgaben, die diese Berufe für die Zukunft wahrnehmen sind groß. Schauen Sie in den Koalitionsvertrag: 400.000 Wohnungen im Jahr, die ganze Energiewende bis zu den 2030-er Jahren auf 100 Prozent Erneuerbare. Wer soll das alles machen? Also die Elektriker, die Gas- und Wasserinstallateure und viele, viele Bauberufe. Die BA verortet die Engpassberufe auf mittlerweile 43 Prozent rund um den Bau. Wir haben hier ein massives Problem. Und ich sage das einmal sehr deutlich, die Hybris des Erfolges des dualen Systems - Herr Gehring, Sie haben es eben gesagt, wie erfolgreich unser System ist, wie anerkannt unser System ist – glaube ich, das führt auch dazu, dass man wirklich nicht daran glaubt, dass das einmal kippt. Und ich sage, es kippt, wenn wir nicht etwas Entscheidendes tun. Und bei all dem, Frau Dorn hat Dinge angesprochen, die jetzt ganz wichtig sind: Berufsorientierung verbessern, die Ausbildungsordnungen, die Weiterbildungsverordnungen auf den Stand der Dinge bringen, die zukunftsgeleitet ausgerichtet sind. Stichwort: Digitalisierung, ist hier ganz wichtig. Das Verbinden von Aus- und Weiterbildung, die Förderung der Durchlässigkeit sind wichtig, aber ganz zentral mit Blick auf den Bildungstrend ist, dass wir die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung wieder auf Augenhöhe bringen müssen. Die ist nicht mehr auf Augenhöhe. Wir haben eine

Ungleichwertigkeit und die müssen wir anpacken. Das ist Wurzel aller Probleme, die wir haben. Das ist auch eine langfristige Frage. Das kriegen wir auch nicht bis morgen gedreht, aber wir müssen anfangen, es zu drehen. Deshalb begrüße ich Initiativen wie die auch vom Zentralverband des Deutschen Handwerks, hier einen wichtigen Impuls zu setzen. Und die Verrechtlichung des Deutschen Qualifikationsrahmens hilft. Das ist nicht die alleinige Lösung, aber wir brauchen einen Impuls. Und man muss mehr Verbindlichkeit schaffen und die Empfehlungen der Wirtschaftsministerkonferenz, der Arbeitsministerkonferenz, der Sozialministerkonferenz entsprechend umsetzen. Wirklich einen Impuls setzen, damit dass auch für Familien und die Allgemeinheit erkennbar wird. Wir reden alle vom Deutschen Qualifikationsrahmen. Wir kennen den. Auf der Straße kennt den keiner. Und hier müssen wir etwas tun, um Gleichwertigkeit zu operationalisieren und eine Entwicklung in Gang zu setzen, die hoffentlich dann wieder eine Kurve kriegt im Ansehen der Berufe, was sich dann auch verbessern muss. Herzlichen Dank.

Sve **Elke Hannack** (Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will mich auf drei zentrale Botschaften beschränken. Erstens: Die Corona-Krise hatte und hat noch immer enorme Auswirkungen auf die berufliche Bildung. Wir haben gesehen, dass nach Beginn der Corona-Krise die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge abgestürzt ist. Im letzten Jahr haben wir eine leichte Erholung gesehen, aber trotz dieses kleinen Lichtblicks bleibt für und im DGB die Befürchtung, dass wir genau wie nach der Finanzkrise einen echten Substanzverlust in der beruflichen Bildung erleben, der nicht wieder aufgeholt werden kann. Deshalb glaube ich, muss alles dafür getan werden, die Zahl der Ausbildungsplätze und der Ausbildungsverträge wieder zu steigern. Die Corona-Beschränkungen hatten massive Auswirkungen auf die Berufsorientierung, aber auch auf die Arbeit der Jugendberufsagenturen und der Agenturen für Arbeit. In der Folge sehen wir einen enormen Rückgang der registrierten Bewerberinnen und Bewerber. In den letzten zwei Jahren muss man konstatieren, sind uns zehntausende junge



Menschen verloren gegangen, von denen wir gar nicht wissen, welchen Weg sie eingeschlagen haben. Sie fehlen aktuell bei der Besetzung der Ausbildungsplätze und es besteht auch die Gefahr, dass sie erst mit einem erheblichen Zeitverlust wieder auftauchen und dann eine Integration in das Erwerbsleben ungleich schwieriger wird.

Zweitens: Eine isolierte Betrachtung der unbesetzten Ausbildungsplätze, führt aus meiner Sicht in die Irre. Ja, die Zahl der unbesetzt gebliebenen Ausbildungsplätze ist im letzten Jahr weiter gestiegen auf rund 63.000. Dem muss man aber die rund 68.000 junge Menschen gegenüberstellen, die unversorgt geblieben sind oder die ihren Vermittlungswunsch aufrechterhalten haben, also weitersuchen. Und eigentlich müsste man auch diejenigen hinzunehmen, für die kein Vermittlungsauftrag mehr besteht und die als arbeitssuchend in der Statistik geführt werden. Das wären noch einmal 20.000 junge Menschen. Was man sieht: Die offenen Ausbildungsplätze reichen nicht aus, um jedem jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Von einem auswahlfähigen Angebot sind wir noch weit entfernt. Das heißt, wir haben nicht nur ein Matching-Problem, wir haben auch ein Angebotsproblem. Und im letzten Jahr sind trotz der Klage über den Fachkräftemangel etwa 230.000 junge Menschen nicht in Ausbildung gebracht worden, sondern in die vielen Maßnahmen des Übergangsbereiches eingemündet. Da muss man deutlich sagen, da gibt es keine Chance einen Berufsabschluss zu machen. Und von allen ausbildungsinteressierten jungen Menschen ist es nur zwei Dritteln gelungen, einen richtigen Ausbildungsvertrag zu bekommen. Deshalb ist es auch nicht überraschend, wenn die Zahl junger Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsabschluss steigt und steigt und steigt, inzwischen auf 2,33 Millionen. Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz hängen immer noch außerdem vom Wohnort, vom Migrationshintergrund oder vom Schulabschluss ab. In großen Teilen NRW, in Ballungsräumen und in Stadtstaaten gestaltet sich die Suche nach einem Ausbildungsplatz deutlich schwieriger als in ländlichen Räumen, beispielsweise im Süden Deutschlands. Menschen mit Migrationshintergrund haben es auf dem Ausbildungsmarkt signifikant schwieriger, wie

der Berufsbildungsbericht wieder bestätigt. Wenn es auch keine formalen Zugangshürden in die Ausbildung gibt, bleibt ein Großteil des Angebots Menschen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss faktisch verschlossen.

Und das bringt mich zum letzten Punkt: Wir müssen die vorhandenen Potentiale heben, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Vor dem Fachkräftemangel kann niemand mehr die Augen verschließen. Das System der beruflichen Bildung, das sage ich aber auch, ist wie kaum ein anderes prädestiniert, diesen Fachkräftemangel zu lösen. Mit der praxisnahen und trotzdem theoretischen fundierten Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ist es möglich, die Fachkräftelücke zu schließen. Wir müssen dieses Ziel konsequent in den Mittelpunkt rücken. Dazu braucht es aus unserer Sicht erstens: Eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie, die allen jungen Menschen die Chance auf einen vollqualifizierenden Berufsabschluss gibt. Und die Umlage muss dafür sorgen, dass diese Ausbildungsgarantie auch finanziert werden kann und insbesondere kleine Betriebe bei der betrieblichen Ausbildung unterstützt werden. Zweitens: Wir brauchen einen systematischen Übergang zwischen Schule und Beruf, der dafür sorgt, dass wirklich kein junger Mensch verloren geht. Dazu gehört der Ausbau der Jugendberufsagenturen, aber auch eine umfassende Berufsorientierung möglichst früh und an allen Schulformen. Und drittens: Eine duale starke Ausbildung braucht starke Berufsschulen als zweiten Lernort. Ein Pakt für berufliche Schulen ist lange überfällig. Die Defizite in der Ausstattung sind an vielen Orten offensichtlich und der Lehrkräftemangel schon lange spürbar.

Der Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank an alle für Ihre sehr aufschlussreichen Impulsstatements. Ich eröffne jetzt die Berichterstatter/-innenrunde. Und wir starten mit Jessica Rosenthal für die SPD-Fraktion.

Abg. **Jessica Rosenthal** (SPD): Vielen Dank, auch an Sie, dass Sie sich für uns die Zeit genommen haben für eines der wichtigsten Themen, wenn wir das mit dem Innovationsland und auch dem Umbau der Wirtschaft tatsächlich ernst meinen. Das haben Sie, Herr Esser, gerade auch schon angesprochen, völlig berechtigter Weise. Ich würde gerne noch auf einige Aspekte eingehen,



für die Ihnen vielleicht jetzt ein bisschen die Zeit gefehlt hat, die ich aber sehr entscheidend finde. Dass was ich auch Ihrem Bericht, Herr Esser, entnommen habe und Frau Hannack auch gerade noch einmal angesprochen hat, ist die Frage des Übergangs von Schule zu Beruf: Berufsorientierung. Das ist, glaube ich, hier in der Runde zumindest weithin auch eine geteilte Analyse, dass wir da Probleme haben. Die Frage, die sich aber stellt, gerade auch mit Blick auf die Zahlen, die Frau Hannack gerade sehr pointiert unterstrichen hat, ist ja, dass wir Exklusionsrisiken haben hinsichtlich der Frage dieses Übergangs. Dass vor allem Absolvent/-innen, die einen Hauptschulabschluss haben oder auch finanziell benachteiligt sind oder aus Herkunftsfamilien kommen, die Zuwanderungsgeschichte haben, da einfach in einer benachteiligten Situation sind. Deshalb noch einmal die Frage auch an Sie, Herr Esser, welche Möglichkeiten gibt es, dass eben gerade diese benachteiligten Gruppen noch einmal besonders in den Fokus gerückt werden? Was muss da eigentlich getan werden? Und wie können wir das auch vor dem Hintergrund eines gendersensiblen Umgangs noch einmal besser hinbekommen? Was sind da auch vielleicht Erwartungshaltungen, die Sie an uns haben? Und dann würde ich gerne auch das noch einmal aufgreifen, Frau Hannack, was Sie gerade angesprochen haben und was viel zu selten beleuchtet wird, nämlich dieser steigende Personenkreis derjenigen, die keine Ausbildung abschließen konnten. Ich glaube nur, das Passungsproblem, was wir sicherlich auch haben, in den Fokus zu rücken, reicht nicht. Deshalb da vielleicht auch noch einmal, was brauchen junge Menschen, gerade auch die Menschen, die vielleicht keinen Ausbildungsplatz bekommen haben oder den noch nicht machen konnten? Was müssen wir an der Stelle noch tun, um diese Personen zu erreichen? Sie haben einige Sachen schon angesprochen und auch die Frage der Ausbildungsgarantie beleuchtet. Welche Chancen sehen Sie gerade auch in der Ausbildungsgarantie, diese Menschen noch einmal zu erreichen? Und was mich auch noch einmal interessieren würde ist, welche Chancen hat die Ausbildungsgarantie gerade in der Unterstützung von Kleinunternehmen? Wir sehen, dass dort sicherlich eine Ausbildungsbereitschaft da ist, aber oft die Möglichkeit nicht vorhanden

ist, das zu stemmen. Ich finde es notwendig, dass die berufliche Bildung eine bessere Anerkennung hat, aber es muss uns auch sorgen, dass das Angebot zurückgeht. Und von daher sind, glaube ich, gerade die kleineren Betriebe, die, die unsere Unterstützung zurecht erwarten dürfen. Vielleicht könnten Sie darauf noch einmal eingehen. Vielen Dank.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Analyse und die daraus abgeleiteten Überlegungen, die Sie haben. Ich denke, uns alle eint an dieser Stelle die Feststellung, dass die Beobachtung des Ausbildungsmarktes in den letzten Jahren auch unter den verschiedenen Krisen, die ja da gewesen sind, immer dasselbe gezeigt haben: Nämlich ein im Prinzip qualitativ gleichbleibendes Verhältnis der Zahlen zueinander, aber eine Verschiebung hin zu immer niedrigeren Zahlen. Die Maßnahmen, die wir in den vergangenen Jahren immer wieder ergriffen haben und die seitens aller Beteiligten ergriffen worden sind, haben hier also keine Veränderung qualitativ gebracht und auch keine Veränderung in Richtung der quantitativen Verschiebung wieder hin zu höheren Zahlen. Insofern muss man, glaube ich, an vielen Stellen vielleicht das eine oder andere völlig neu denken. Und da hatte ich mich gefreut, dass Sie, Frau Dr. Dorn, über die Berufsorientierung ausführlich ausgeführt haben. Ich denke aber, dass es notwendig ist – und das ist meine erste Frage an Sie – hier auch neue Wege zu gehen und nicht nur sozusagen die bisherigen Maßnahmen nebeneinander stehend zu betrachten. Und da sehe ich gerade die Betriebe in großem Maße hilfreich, weil sie das System strukturierter Weiterbildung aus den Betrieben heraus kennen. Wo man einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin im Hinblick auf ihre Talente einschätzt und sagt, wo geht es hin. Und dann alle Weiterbildungsmaßnahmen entlang dieser Überlegung ausrichtet. Genau das haben wir bei der Berufsorientierung, glaube ich, bisher nicht. Insofern wäre es unser Petitum, hier wirklich eine Strukturveränderung herbeizuführen. Und es würde mich interessieren, wie Sie es dort sehen? Und sehen Sie die Möglichkeit, das haben wir ja auch in der Enquetekommission in der letzten Legislatur intensiv diskutiert, dies entsprechend zu übertragen? Die zweite Frage an Sie ist, was



nicht kaputt ist, muss nicht repariert werden. Eine Ausbildungsgarantie, so wie sie weitgehend auch diskutiert wird, würde an der Stelle eine Marktentkopplung bedeuten. Würden Sie das noch einmal ausführen, was die Konsequenzen an dieser Stelle wären? Und meine weitere Frage geht dann an Herrn Professor Esser. Wir haben viele Reden geschwungen über Gleichwertigkeit und Andersartigkeit in den letzten Jahren. Und wir haben vieles getan. In dem Rückblick, den Sie nun über viele Jahre dort sehen, haben Sie eben gesagt, dass die Verrechtlichung des Deutschen Qualifikationsrahmens – DQR die Notwendigkeit an der Stelle ist. Dieses teilen wir und sagen: Wir müssen diesen Schritt an der Stelle gehen. Mittlerweile sind es viele namhafte große Betriebe. Es gibt dort eine Initiative, die dieses für sich auch so klar sieht. Könnten Sie davon noch einmal hier an dieser Stelle berichten? Denn dieses zeigt durchaus ein Umdenken innerhalb der verschiedenen Stakeholder im Markt und auf diese Art und Weise, denke ich, auch neue Wege zu beschreiten. Danke.

Abg. **Dr. Anja Reinalter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank an Sie für Ihre Fachexpertise. Wir haben es gesehen und gehört: Der Ausbildungsmarkt hat sich noch nicht von der Corona-Krise erholt. Es scheint aber, dass der Scheitelpunkt der Krise überschritten sein könnte. Erfreulich ist, dass im Vergleich zu 2020 wieder mehr Ausbildungsplätze angeboten wurden und mehr junge Menschen einen Ausbildungsplatz gesucht haben. Aber gerade bei kleineren Betrieben oder in der Gastronomie und im Handel suchen die Betriebe weiterhin händeringend nach Auszubildenden. Also hier ist noch lange kein Ende der Krise in Sicht. Was wir brauchen, Sie haben es auch angesprochen, sind passgenaue Lösungen für sehr unterschiedliche Probleme auf dem Ausbildungsmarkt. Der Berufsbildungsbericht zeigt, dass es in den verschiedenen Regionen unterschiedliche gravierende Probleme gibt. In Süddeutschland gibt es beispielsweise viel mehr Ausbildungsplätze als Ausbildungssuchende. Umgedreht ist das Verhältnis in Norddeutschland. Da gibt es viel mehr Ausbildungssuchende als Ausbildungsplätze. Also strukturelle Probleme wie der Fachkräftemangel, der demographische Wandel und die Klimakrise beeinflussen weiterhin den Ausbildungsmarkt. Wir müssen da

alle gemeinsam versuchen, mehr junge Menschen für eine Ausbildung zu begeistern und ein Jahrzehnt der Bildungschancen einzuleiten. Und zentrale Schraube, dass haben Sie auch angesprochen, ist das Matching zwischen Azubis und Ausbildungsplätzen. Und deswegen haben wir als Ampel einiges geplant. Vieles von dem haben Sie auch als notwendig beschrieben, eben gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen mehr Berufsorientierungsangebote zu schaffen, Jugendberufsagenturen auszubauen und Beratungsangebote anzubieten. Insbesondere in den Regionen, in denen es zu wenige Ausbildungsplätze gibt, jungen Menschen mit der Ausbildungsgarantie durch außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten eine neue Berufschance geben. Jetzt habe ich ein paar Fragen an Sie, Professor Esser über den Berufsbildungsbericht. Der Bericht zeigt, wie wichtig eine gute Berufsorientierung an den Schulen ist. Ab welcher Klasse würden Sie denn mit der Berufsorientierung beginnen? Und wie soll das Thema konkret in die Lehrpläne eingeschlossen werden? Haben Sie da Vorschläge? Zweite Frage: Welche Rolle sehen Sie denn bei den Eltern, wenn es um Berufsorientierung geht? Das Elternhaus prägt, das wissen wir. Wie können wir als Politik stärker die Eltern in ihrer Rolle unterstützen? An Frau Dr. Dorn vom BDA: In den letzten Jahren gab es pandemiebedingt viel weniger Möglichkeiten, vor einer Ausbildung die Betriebe kennenzulernen, Stichwort Praktikum. Sehen Sie einen positiven Zusammenhang zwischen Praktika in den Betrieben und einer geringeren Abbruchquote? Und zweite Frage: Welche Kriterien haben Sie an eine gelungene Berufsorientierung? Und an Frau Hannack vom DGB: Es gibt einen deutlichen Rückgang, Sie haben es angesprochen. Pandemiebedingt waren die Berufsorientierungsangebote in den letzten Jahren sehr stark eingeschränkt mit Blick auf die von Ihnen angesprochenen 2,3 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren, die aktuell keinen Berufsabschluss haben. Welche Möglichkeiten sehen Sie denn ganz konkret, hier eine gezielte Ansprache vorzunehmen, um dieser Gruppe einen Berufsabschluss zu ermöglichen? Vielen Dank.

Abg. **Friedhelm Boginski** (FDP): Auch von meiner Seite noch einmal ein großes Dankeschön für Ihre Expertise heute hier. Sie alle haben eine



Zustandsbeschreibung vorgenommen, die wir schon seit Jahren, würde ich sagen, kennen. Und wenn Herr Albani immer sagt, wir haben so viel getan, weiß ich im Moment nicht ganz genau, was wir denn so in den letzten Jahren gegen diese Krise getan haben. Herr Esser, Sie haben sogar von einer Katastrophe gesprochen, da bin ich immer sehr vorsichtig, weil Katastrophen haben wir in der Ukraine oder in Syrien. Ich rede hier von Herausforderungen. Aber die Herausforderung, die wir bzgl. der Berufsausbildung vor uns haben, ist, glaube ich, schon extrem hoch. Deshalb meine erste Frage einmal an Sie alle drei: Sie stehen alle in Verantwortung. Was ist denn so in den letzten Jahren passiert, worauf man aufbauen könnte, um die Situation am Ausbildungsmarkt noch weiter zu verbessern? Was hat die Gewerkschaft, die Unternehmer, die Forschung, was haben Sie dort in den letzten Jahren so auf den Weg gebracht? Die zweite Frage, die mich natürlich genauso interessiert, betrifft die Berufsorientierung, die Berufsvorbereitung. Wir haben festgestellt, dass die Gymnasien sich zum Teil verwehren, wenn also Unternehmen oder wenn die Agentur für die Berufsausbildung werben will, weil sie einfach immer noch auf dem Standpunkt stehen: Wir bereiten für das Studium vor und unsere Schülerinnen und Schüler sind vielleicht zu gut für die Berufsausbildung oder ähnliches. Ich glaube, dass ist ein Punkt, wo ich Sie einmal bitten würde, inwieweit können wir dort noch einmal nachjustieren, denn auf der anderen Seite wissen wir, dass ganz viele spätestens beim Bachelor schon ihr Studium abbrechen, weil sie dazu gar nicht in der Lage sind und wären wahrscheinlich in der Berufsausbildung viel besser aufgehoben. Das ist das, was Frau Reinalter noch einmal gesagt hat: Die Frage der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an den Schulen. Wir dürfen die Schulen natürlich nicht alleine lassen. In Kooperation mit den Unternehmer/-innen und in Kooperation mit anderen staatlichen Stellen: Welche Möglichkeiten und Handlungsoptionen sehen Sie dort, um den Schulen auch ein besseres Rüstzeug, eine größere Unterstützung zu geben für die Berufsorientierung und Berufsvorbereitung? Glauben Sie, dass unsere Schulen überhaupt in der Lage sind, das dementsprechend umzusetzen? Herr Esser, Sie haben in Ihrem Bericht von der Hybridisierung der Ausbildung gesprochen. Das

würde mich noch einmal etwas stärker interessieren, weil ich auch glaube, dass unsere Berufsschulen überhaupt nicht in der Lage sind, diese Berufsausbildung, wie wir sie heute brauchen, vollumfänglich zu garantieren, weil die Länder sich da zum Teil auch ein bisschen aus der Pflicht herausnehmen. Und das ist auch noch einmal eine Frage: Wie kann der Bund dort unterstützend eingreifen? Was können wir tun als Bundesrepublik Deutschland, um dort dementsprechend noch einmal hineinzugehen? Und an Frau Dorn noch einmal die Frage: Glauben Sie, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer wirklich genügend Angebote bzgl. einer Work-Live-Balance, von Freizeitangebote sowie einer entsprechende Bezahlung, um die jungen Leute wirklich zu motivieren, in die Unternehmen oder in die Ausbildung hineinzugehen, machen? Bis dahin.

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Herzlich Willkommen und vielen Dank für Ihre Expertise auch von unserer Seite. Ich möchte gar nicht viel reden, weil ich so viel fragen möchte. Anknüpfend an die Ergebnisse der Enquetekommission für berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt des letzten Bundestages: Frau Dr. Dorn, welche Ergebnisse sollten jetzt von der Bundesregierung Ihrer Meinung nach priorisiert in die politische Arbeit einfließen? Sie haben das Stichwort Gleichwertigkeit noch einmal genannt. Es würde mich freuen, wenn Sie da ausführen könnten, gerne auch mit einigen Details. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme noch einmal die Passung an und da würde ich gerne einen Aspekt herausgreifen, weil mich das aus meinem beruflichen Werdegang eben auch sehr interessiert. Wie gestaltet sich Ihrer Kenntnis nach die Integration der zugewanderten jungen Menschen mit Bleibeberechtigung? Haben Sie da Erkenntnisse zum Verbleib im Ausbildungsmarkt und welche Möglichkeiten haben wir, die Chancen über das Ergreifen beruflicher Ausbildung für diese Bleibeberechtigten noch zu intensivieren, dass sie einfach da eine gute Chance haben, sich zu integrieren? Dann habe ich bitte eine Frage an den Herrn Dr. Esser. Sie sprechen meiner Meinung nach vollkommen zurecht von der Fachkräftekatastrophe. Ich glaube, das ist einigen hier noch überhaupt gar nicht bewusst, was das bedeutet, wenn Sie im Winter beim Installateur anrufen, weil Ihre Heizung nicht



geht und Sie auf der Warteliste sitzen für in dreieinhalb Wochen später. Das halte ich tatsächlich in den mitteleuropäischen Wintern durchaus für eine Katastrophe, weil eine nicht geheizte Wohnung im Rahmen von drei Tagen führt zu Dingen, die Sie nicht haben wollen und die auch keiner von Ihnen haben möchte. Herr Dr. Esser, Sie haben konkret vorgeschlagen, zum Beispiel das Verfahren zum Hochschulzugang noch einmal in den Blick zu nehmen, strengere Möglichkeiten da ins Auge zu fassen, damit einfach an dieser Stelle auch noch einmal nach Passung geschaut wird. Denn meiner Überzeugung oder unserer Überzeugung nach, kann eben nicht jeder alles. Und das ist auch gut so. Und das muss auch gar nicht jeder können. Also widersprechen Sie mit dieser These im Grunde genommen der Arbeitsthese der vergangenen Bundesregierung der letzten, ich weiß gar nicht, 40 Jahre, dass jeder alles kann und deswegen Zugang zu allem haben muss, vor allen Dingen wofür er geeignet ist. Das ist auch unsere Überzeugung. Frau Hannack, ich habe jetzt nicht mehr so viel Zeit. Aber mich hat interessiert, Sie sagen zurecht, da verschwinden Leute vom Radar des Ausbildungsmarktes. Die Angebote gibt es. Was können wir denn tun, um diese Menschen nicht vom Radar zu verlieren? Wir haben die letzten Jahre viele Angebote gemacht, die werden aber offensichtlich nicht angenommen. Warum sind die nicht interessant? Haben Sie Spekulationen darüber, wo diese Leute sind und warum sie nicht ansprechbar sind? Vielen Dank.

Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.): Vielen Dank auch von unserer Seite an die Sachverständigen für Ihre Stellungnahmen. Gestatten Sie mir auch eine kurze Vorbemerkung, bevor ich zu den Fragen komme: Ich finde, dass fast zweieinhalb Millionen jungen Menschen bis 35 Jahre ohne Berufsabschluss, bei über 60.000, fast 70.000 unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern im Jahr und bei nur 19,4 Prozent an Betrieben, die noch ausbilden, ist aus meiner Sicht nicht mehr der Zeitpunkt, die Problematik auf eine Passungsproblematik oder auf die Passungsfrage zu reduzieren. Im Kern damit natürlich auch ein Stückweit das Versorgungs- und das Angebotsproblem klein oder sogar ganz wegzureden. Ich finde, es ist an der Zeit, die strukturellen Probleme auf dem Ausbildungsmarkt wirklich in den Fokus zu

nehmen und anzugehen. Dazu gehört natürlich auch die Passungsfrage, aber im Kern geht es aus unserer Sicht schon ganz klar darum, dafür zu sorgen, dass eben mehr Unternehmen auch ausbilden. Und vor allem auch darum, wie die Ausbildungsqualität verbessert werden kann. Das ist im Kern auch der Schlüssel für mehr Attraktivität in der beruflichen Bildung, die immer noch von allen Seiten eingefordert wird. Und ich würde ein Stückweit sagen, dass ist eigentlich die Pflicht und das andere ist die Kür, um es vielleicht auch noch einmal so ein bisschen provokant zuzuspitzen. Meine Frage in der ersten Runde gehen an Frau Hannack vom DGB. Wenn wir eben die Situation haben, dass mehr als 80 Prozent der Betriebe keine Auszubildenden einstellen, mehr als 80 Prozent damit ein Stückweit auch der Verantwortung nicht nachkommen, Nachwuchs auszubilden - nicht nachkommen oder auch nicht nachkommen können – da sind natürlich beide Seiten zu sehen. Aber dann ist schon die Frage, machen es sich nicht eben auch einige Akteurinnen und Akteure etwas zu leicht, wenn sie einfach Angebot und Nachfrage sozusagen gegeneinander aufrechnen, ohne eigentlich zu berücksichtigen, wie eben auch regional und branchenspezifisch Unterschiede darstellen? Wie müsste da aus Ihrer Sicht auch noch einmal ein etwas differenzierter Blick ausfallen? Und es ist ja wahrscheinlich bekannt, als Linke-Fraktion hängen wir sehr an der Idee der Umlagefinanzierung, die wir ja auch in unserem Antrag wieder stark gemacht haben. Aus unserer Sicht liegen da die Vorteile ganz klar auf der Hand, gerade auch mit Blick auf die Folgen der Corona-Pandemie wäre das eine Möglichkeit, Ausbildung eben weder vom Markt und auch nicht von Versicherten- oder Steuermittel abhängig zu machen. In einigen Branchen gibt es auch Umlagesysteme mit Branchenfonds. Können Sie uns da vielleicht von Erfahrungen berichten und was man daraus eben auch grundsätzlich dann für das duale Ausbildungssystem ableiten kann? Was wären Ihre Empfehlungen, wie so etwas konkret ausgestaltet sein müsste? Und ein Punkt noch einmal zu den Passungsproblemen: Aus meiner Sicht wird hier auch wirklich viel zu selten berücksichtigt, dass insbesondere für junge Menschen wie Jugendliche aus einkommensschwächeren Haushalten eine überregionale Vermittlung natürlich auch immer



große Hürden mit sich bringt, weil dadurch natürlich dann auch stützende Strukturen wegfallen und eben zum Beispiel die dann steigenden Lebenshaltungskosten trotz Mindestausbildungsvergütung nicht getragen werden können. Würden Sie mit uns auch die Ansicht teilen, dass angesichts der Inflation die Mindestausbildungsvergütung eigentlich noch einmal angefasst und auch noch einmal an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden müsste? Was sind da Ihre Forderungen als DGB?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Sehr viel Stoff für die erste Antwortrunde und ich würde als erste Frau Kollegin Dorn um die Beantwortung der Fragen von Herrn Albani, Frau Reinalter, Herrn Boginski und Frau Höchst bitten.

Sve **Dr. Barbara Dorn** (BDA): Es waren an mich viele Fragen zur Berufsorientierung von verschiedenen Kollegen gerichtet, für die ich mich bedanke. Wie sieht eine gute Berufsorientierung aus unserer Sicht aus? Möglichst früh, möglichst systematisch, möglichst im Zusammenspiel von Bundesagentur mit der Schule, mit der wichtigen Zielgruppe auch der Eltern, aber auch mit Unternehmen, gerne über Netzwerke wie wir wirtschaftsseitig anbieten. Mit dem Netzwerk Schule-Wirtschaft-Deutschland mit 400 Arbeitskreisen vor Ort, wo auf gleicher Augenhöhe Vertreter von Schulen und Unternehmen, von Verbänden, Kammern auf der einen Seite und Schulverwaltung auf der anderen Seite vertrauensvoll und nachhaltig zusammenarbeiten, um so ein wichtiges Tool, wie zum Beispiel auch das Betriebspraktikum immer wieder mit an den Start zu bringen, um vielfältige Möglichkeiten des Einblicks in die betriebliche Praxis zu ermöglichen, denn davon sind wir überzeugt. Es hat sich auch in der Corona-Zeit leider vom negativen her dramatisch dargestellt. Betriebliche Praxiseinblicke sind extrem orientierend für Jugendliche. Wenn man sie selber fragt, dann sagen sie, dass sie da die besten Impulse bekommen haben: Sei es, dass sie sagen, das ist etwas für mich oder auch diese Branche ist jetzt gerade nichts für mich, aber ich habe Klarheit darüber gewonnen, welche Art von Arbeit ich machen möchte. Ich bin mir sicherer, ob ich mehr zum Studium oder mehr zur Ausbildung tendiere. Dann natürlich definitiv auch Berufsorientierung

in allen Schulformen, einschließlich Gymnasien. Wir haben die interessante Tendenz, dass wir einen Höchststand bei Ausbildungsanfängern, die den Hochschulzugang mitbringen, haben. Das sind mittlerweile 30 Prozent der Anfänger in der dualen Ausbildung, aber 80 Prozent von ihnen kommen auf dem Umweg über die Hochschule, oft auch über eine abgebrochene Hochschulerfahrung, die dann auch frustrierend ist und die Zeitverlust bedeutet. Hier jungen Leuten frühzeitig das ganze Spektrum aufzuzeigen und ihnen zu ermöglichen, den Berufsweg einzuschlagen, bei dem sie dann auch wirklich bleiben, beugt Abbrüchen im Betrieb und auch im Studium vor, ein wichtiges Kriterium. Dann denken wir, dass auch ein besser organisierter Praktikumsansatz, gerne auch von der Bundesagentur für Arbeit mitorganisiert, nicht nur für junge Leute mit besonderen Herausforderungen, sondern auch für an sich leistungsstarke, die einfach Schwierigkeiten mit der Orientierung haben, wichtig ist. Das sollte man vielleicht für alle Jugendlichen öffnen, dass auch systematischer zu unterstützen und zu erschließen.

Machen die Unternehmen genug für Auszubildende? Jedes Unternehmen, jede Branche hat da seine eigene Strategie. Es gibt hohe Mindeststandards, wie man mit Auszubildenden umzugehen hat, wie man ihr Arbeitsumfeld gestaltet, wie man die Ausbilder ihnen auch an die Seite stellt. Viele Betriebe machen darüber hinaus mehr: Engagieren sich finanziell über Unterstützung von Anreisen, zusätzliche Ausbildungsinhalte, Fremdsprachenkenntnisse oder Auslandsaufenthalte. Das ist natürlich ein Stückweit Teil des Wettbewerbs und der Profilierung der Unternehmen und Branchen, die sich alle Auszubildende wünschen. 40 Prozent der Unternehmen sagen laut Kammerumfrage, dass sie nicht alle Ausbildungsplätze besetzen können, die sie anbieten.

Zur Frage, wie denn die Gleichwertigkeit zu sichern ist: Nach unserer Auffassung und nach unserer Wahrnehmung seitens der Arbeitgeberverbände ist die Gleichwertigkeit der hochschulischen und der beruflichen Ausbildung gesichert und auch gut dargestellt, allerdings wird es oft in der Öffentlichkeit auch anders argumentiert. Wenn man einmal auf die Erhebung



des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln schaut, zu den Karrierewegen von hochschulisch ausgebildeten und beruflich Ausgebildeten zu ihren Verdienstranches und zu der Personalverantwortung, die sie erreichen, dann sehen wir, dass die Absolventengruppen aus beiden Richtungen einen breiten gemeinsamen Korridor mit Ausreißern nach oben und unten haben. Das wird aber nicht wahrgenommen. Es wird immer wieder polarisiert von verschiedenen politischen Akteuren und auch aus der Wirtschaft heraus viel zu oft, dass die berufliche Bildung der Underdog sei und je öfter man das wiederholt, desto stärker kommt das natürlich bei den Jugendlichen an. Ich rate da uns allen sehr zu positiven Botschaften. In diesem Zusammenhang auch ein Wort zur Frage, welche Rolle spielt hier der Deutsche Qualifikationsrahmen? Nach unserer Wahrnehmung eine sehr positive. Er hat sich als Transparenzinstrument nicht nur international, sondern auch national wirklich bewährt. Unsere nicht unkomplizierten und besonderen Aus- und Fortbildungsabschlüsse sind dadurch im europäischen Ausland leichter transportierbar. Es ist auch in Deutschland jetzt klar, dass ein Meister, ein Industriemeister, zum Beispiel auf der gleichen Ebene formal steht, von der Kapazität Probleme zu lösen, Verantwortung wahrzunehmen wie ein Bachelorabsolvent. Mit der Berufserfahrung entwickelt sich das natürlich alles noch einmal dramatisch weiter. Um nur einmal eine Ebene zu nennen. Im Raum steht die Frage einer gesetzlichen Regelung. Wir sind Wirtschaft und wir haben da eine breit abgestimmte Position der Verbände definitiv gegen eine gesetzliche Regelung. Alles, was man mit einem Transparenzinstrument erreichen kann, haben wir mit dem DQR erreicht. Eine gesetzliche Regelung birgt die große Gefahr, dass darüber hinaus auch normierend auf das Bildungssystem einflussgenommen wird und das beispielsweise die Tariffreiheit auch angegriffen wird, wenn gesetzlich festgeschrieben wird, dass bestimmte Abschlüsse gleich behandelt werden müssen. Wir haben in vielen Branchen sehr ausdifferenzierte tarifvertragliche Regelungen, wo zum Beispiel auch verschiedene Arten von Hochschulabschlüssen, seien es Master oder Bachelor, sei es Fachhochschule oder Universitäten, unterschiedlich eingeordnet sind. Die Meister, Fachwirte und Fachkaufleute

Abschlüsse teilweise überlappend dazwischen liegen. Hier sehen wir starke Nivellierungsgefahren und Eingriffe eines solchen Gesetzes in diese Gestaltungsfreiheiten. Ein DQR-Gesetz sehe ich in dieser Legislaturperiode nicht und wir sind auch froh dafür wirtschaftsseitig. Das Handwerk hat da eine explizite Ausnahmestellung als der einzige Verband, der sich dafür einsetzt. Wenn, dann könnte es höchstens Sinn machen, die Zuordnungen noch einmal gesetzlich festzuschreiben, Missbrauch auszuschließen und die Anwendungsbereiche des DRQ zu klären. Wir sehen da aber kein Problem, das einer Lösung bedürfen würde.

Was kann man bei der Berufsorientierung außerdem noch besser machen? Noch ein Stichwort: Es ist gut und weiterführend, wenn Schulen sich auch als Institutionen verstehen und einordnen, die auf die Berufsorientierung besonderen Wert legen. Dafür bieten wir mit dem Berufswahlsiegel wirtschaftsseitig, aber in Schirmherrschaft der KMK ein bundesweites Tool, wo sich schon 1.600 Schulen daran beteiligen, die damit wichtige Signale an die Wirtschaftspartner in ihrer Region aussenden, dass sie hier besonderen Wert darauf legen und dass sie offen sind für Kooperationen. Da mache ich einmal einen Punkt.

Sv Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser (BiBB): Frau Rosenthal, das Thema Exklusionsrisiken ist richtig. Wir müssen uns noch einmal vergegenwärtigen, wir haben es ja mit einer Bildungs- und Erziehungskette zu tun, wenn wir über Probleme reden, die jetzt hier bei uns aufschlagen. Und die Bildungs- und Erziehungskette heißt, das Elternhaus, die vorschulische Bildung, die Kita-Zeit und die Schulbildung usw. im Blick haben. Jeder Abschnitt gibt an den anderen ab und der andere nimmt auf und entwickelt und gibt weiter. Das ist eine Idealvorstellung einer Bildungs- und Erziehungskette. Und wenn wir über Berufsorientierung sprechen und darüber, was an Exklusionsrisiken bei uns aufschlägt, dann lassen wir die Schulbildung und alles, was davor kommt, sehr weit aus dem Blick, weil es nicht unser Feld ist und das andere bearbeiten. Worauf ich hinaus will: Wir reparieren im Grunde genommen oder wir reden über Dinge, die wir reparieren müssen, die vorher falsch gelaufen



sind. Wir können jetzt hier dieses ganze Thema nicht aufreißen, analysieren und besprechen. Lassen Sie mich deshalb mit einem Bild sagen: Wenn Sie einmal schauen, wie sich die Natur verändert. Ein Bild aus 60, 70 Jahren Vergangenheit: Wie der Wald damals aussah und wie er heute aussieht. Es hat sich etwas verändert zum Schlechten. Wenn Sie sich einmal ein Bild aus einer Tischlerei in den fünfziger Jahren anschauen und Sie schauen sich ein Bild aus einer Tischlereiwerkstatt heute an, dann sehen Sie wahnsinnig viele Veränderungen. Wenn Sie ein Bild aus einem Klassenraum haben, dann sehen Sie zwar, dass die Stühle ein bisschen anders sind und die Tafel Kunststoff und nicht mehr Schiefer ist, aber die Struktur ist gleich: Vorne die Tafel, dann kommen die Stühle und die Tische. Warum sage ich das? Dass wir auch einmal darüber nachdenken müssen, dass da Vieles nicht mehr so läuft, wie es anforderungsgerecht laufen müsste. Sowohl mit Blick auf die Erkenntnisse der Pädagogik, die wir heute haben, aber auch mit Blick auf die Anforderungen, die wir in der beruflichen Bildung bereits mit vielen anders ausgerichteten Lernkonzepten aufnehmen, wie das die Schule heute noch macht. Wir waren im Übrigen mit der Kompetenz und Handlungsorientierung viel früher dran als das in den allgemeinbildenden Schulen der Fall war. Ich will nur noch einmal sagen, wenn wir das jetzt aufnehmen in der Berufsorientierung, in der Ausbildung, in der vorberuflichen Bildung, dann müssen wir immer im Kopf haben, da läuft auch Vieles nicht mehr richtig. Und wir sind immer gehalten, das zu reparieren, wenn man bedenkt, wie viele junge Leute heute aus den Schulen kommen und nicht wissen, was sie studieren sollen oder auch nicht wissen, welche Ausbildung sie absolvieren wollen, dann hat das auch damit zu tun, dass in dem Glied vorher etwas nicht mehr richtig läuft. Also, das muss man immer im Blick haben.

Das zweite ist Berufsorientierung. Es war eben auch eine Frage, ich glaube von Herrn Boginski. Was hat sich eigentlich bewährt? Und das, was die Bundesregierung vor Jahren auch mit unserer Unterstützung eingeführt hat, das heißt dieses Bildungsketten- und Berufsorientierungskonzept, Potentialanalyse in der siebten Klasse, das heißt schauen, wo sind die Neigungen, die Begabungen von jungen Menschen? Darauf aufbauend ganz

gezielt Praktikumstage, also Werkstatttage anzubieten, um Berufsfelder zu erkunden. Passt das? Auch auf dem Wege Betriebe kennenzulernen, um ein Matching vorzubereiten und dann eben den Match zu machen, das ist eine gute Konzeption, die auch in allen Ländern mittlerweile aufgegriffen worden ist. Das heißt, wir haben eine Bundesförderung an der Stelle. Wir haben landesspezifische Förderungen. Wo wir noch stärker aktiv sein müssten an der Stelle, ist an Gymnasien bzw. an Schulen, wo die Hochschulzugangsberechtigung vergeben wird. Gerade Gymnasien, da kommt ein Problem auf, weil die Kultur des Gymnasiums, das Selbstverständnis des Gymnasiums, wir bereiten auf den Hochschulzugang vor. Wir lassen das auch gar nicht schlecht reden. Aber das beißt sich mit der Frage der Berufsorientierung auf eine Vorbereitung auf eine Ausbildung. Und wenn das Gymnasium heute die Volksschule der Wissensgesellschaft ist, dann muss man da auch die Kultur hinterfragen, wie man zu der Hochschulorientierung die Berufsorientierung auf Augenhöhe bringt.

Stichwort Übergänge: Hier geht es mir und uns um einen Denkansatz, der mehr Flexibilität in das Gesamtsystem der beruflichen Bildung einbringen muss. Wir reden von Teilqualifizierungen, wir reden von Ausbildungsbausteinen. Und ich sage direkt: Es geht hier nicht um das Schrauben am Berufsprinzip. Das Berufsprinzip ist untouchable, weil es ein Qualitätskonzept ist. Und wir brauchen das Berufsprinzip, die Umsetzung dadurch, dass nach jeder Ausbildungszeit auch entsprechend eine Abschlussprüfung erfolgt. Aber wir müssen systematisch für junge Leute, die es eben nicht schaffen im Übergangs-/Chancenverbesserungssystem einen höheren Schulabschluss zu erlangen oder über das System direkt in eine Ausbildung zu kommen, die Möglichkeit schaffen über einen Einstieg in eine Qualifizierung Ausbildungsbausteine zu bekommen, die zeitlich anrechenbar auf die Ausbildung wird. Das heißt also, dass wir einen vernünftigen Einstieg in eine Berufsausbildung bekommen, die dann auch in einen Ausbildungsvertrag und einen Abschluss einer Ausbildung führt. Und dieser Aspekt der Modularisierung, der muss sich im Grunde genommen durch das ganze Bildungssystem erstrecken. Das ist ein dickes Thema. Das müssen



wir noch einmal ein Stückweit aufreißen, aber das halte ich für einen wichtigen Aspekt. Die jungen Leute brauchen einen Start und eine Aufnahme, damit sie losmarschieren können.

Herr Albani, Stichwort Allianz der Chancen: Heißt das, was sich viele und große DAX-Unternehmen im letzten Jahr vorgenommen haben? Es geht um das große Problem des Fachkräftemangels. Und hier hat man sich auch dem Thema DQR aufgeschlossen und zwar insoweit, dass man gesagt hat, wir müssen weg von der abschlussorientierten Ausschreibung unserer Stellen, sondern müssen, wie es der DQR vorgibt, stärker kompetenzorientiert ausschreiben. Was auch für mich jetzt als Leiter eines Bundesinstituts heißt, dass wir anfangen kompetenzorientiert auszuschreiben, um auch diejenigen, die aus der beruflichen Bildung kommen in Beschäftigungsbereichen eine Chance zu geben, die vormals nur den Akademikern – wir suchen Leute mit Studienabschluss wird ja immer auf die Abschlussorientierung hin bezogen – vorbehalten waren und die Allianz der Chancen weißt darauf hin. Das ist zum Beispiel Continental, die Post, VW und Audi, wo man stärker jetzt auf die Kompetenzorientierung von Ausschreibungen hinaus will.

Zur BO, Frau Reinalter, habe ich etwas gesagt. Ab wann? Siebte Klasse. Die Rolle der Eltern: Da sagen wir ganz offensiv, wir brauchen eine Berufsorientierung für Eltern. Das ist auch eine völlige Veränderung von dem, was man in meiner Generation noch üblich war: Da hat man sich von den Eltern abgegrenzt und hat genau das Gegenteil gemacht. Meine Eltern hatten eine Fleischerei. Ich bin Bäcker geworden. Das Gegenteil. Aber heute kommen die Eltern mit ihren Kindern in die Universität zur Studienberatung. Ich will das gar nicht schlecht reden. Es ist in Ordnung. Aber das ist eben etwas anderes und deshalb sind die Dinge, die die Kinder machen sollen, gerade von den Eltern auch vorgedacht. Und soziologisch ist es so in Nordrhein-Westfalen aus dem Blickwinkel einer Enkelin: Opa war Bergmann, Vater hat schon eine kaufmännische Ausbildung gemacht, ist Kaufmann geworden und die Tochter studiert BWL. Das ist eine typische Aufstiegs Geschichte. Das kann man den Menschen auch nicht vorwerfen, aber das hat etwas mit einem gewissen Klischee zu tun: Aufstieg durch

Bildung. Das passiert in Deutschland nur, indem man Abitur macht und studiert. Und dieses Denken macht uns in bestimmten und nicht unwichtigen Berufen, wie ich das eben ausgeführt habe, die Arbeit schwer. Und wir werden das auch nicht in den Griff bekommen mit einer besseren Berufsorientierung oder besseren Meistervorbereitungskursen und -prüfungen.

Herr Boginski, Katastrophe, das hatte Frau Höchst auch gefragt. Ich habe das letztes Jahr gesagt, weil wir rennen mit dem Thema schon länger durch die Gegend und Fachkräftemangel, das schreckt keinen mehr. Das ist ein Wort, das nicht mehr aufschreckt. Deshalb habe ich überlegt, wie kann man das eigentlich noch anders bezeichnen. Das war vor Ukraine. Ich gebe zu, man muss mit den Katastrophenbegriffen vorsichtig sein, aber wir müssen einfach sehen, ich habe es eben gesagt, das Ding fährt gegen die Wand. Wir werden diese Orientierung und diese Abkehr von ganz bestimmten Berufen mit unseren klassischen Mitteln, die wir haben, nicht lösen. Deshalb müssen wir meines Erachtens an dieses Gleichwertigkeitsthema weiter heran. Schulen bei der Berufsorientierung unterstützen heißt, regionale Bildungsnetzwerke schaffen. Die Lehrerinnen und Lehrer können das nicht. Sie haben das auch nicht gelernt. Und das ist wieder ein anderer Begriff von Schule. Wie machen wir Schulen offener, damit auch Wirtschaft, die Kreishandwerkerschaften, die Innungen und die Kammern mitwirken können an der Stelle, was eben gebraucht wird, um vernünftige Berufsinformationen in die Schulen zu bringen und auch die Verbindungen besser herzustellen zwischen den Zeiten, die die Kurrikula offen halten für Betriebserkundungen, für Praktika usw.? Das kann, meines Erachtens, nur über die Unterstützung und die Mitwirkung der Wirtschaft erfolgen. Deshalb ist es wichtig, das offen zu machen. Das heißt aber auch, andere Konzepte in den Schulen zu integrieren.

Berufsschulen unterstützen, völlig richtig. Frau Hannack hat es auch noch einmal ausgeführt. Das unterstreiche ich auch dreimal. Wir müssen weg von dem Schattendasein der berufsbildenden Schulen im dualen System. Das war lange Jahre so. Man hat die betriebliche Seite in den Vordergrund gestellt, die Schulen waren so dahinter. In unserer verkopften Kultur werden die



Lerninhalte kognitiver, das ist halt so. Wir brauchen stärker Lernumgebungen, die darauf ausgerichtet sind. Das heißt, das Reputationsproblem des dualen Systems mit modernen Schulen kann uns helfen, auch die berufliche Bildung attraktiver zu machen. Deshalb ist natürlich hier wichtig, dass wir da auch unterstützen. Das ist auch eine finanzielle Frage, das ist noch einmal ein anderes Thema, aber was in der Enquete dazu aufgeschrieben worden ist, das halte ich für richtig.

Jetzt die Abbrecherquote: Ja, doch Hochschulzugang, das ist mir noch einmal ganz wichtig. Noch einen Aspekt, ich rede nicht gegen die Öffnungen der Hochschulen insofern, dass nicht jedes Kind, was es kann, auch studieren soll. Um Gotteswillen, wir dürfen das auch nicht gegeneinander aufspielen, aber wir haben eine Abbrecherquote von bis zu 30 Prozent. Und wir haben viele junge Leute - ich darf daran erinnern, eine Milliarde Euro geben wir jedes Jahr in Deutschland für Nachhilfe aus – die in dieses System von Abitur und Hochschule getrieben werden. Wir müssen reflektierend noch einmal sehen, wie wir auf der einen Seite die berufliche Bildung attraktiver machen, auf der anderen Seite aber den Hochschulzugang auch so einordnen, dass er eben anforderungsgerecht ist und weniger auf Erhöhung von Abbrecherquoten abstellen. Vielleicht einmal so viel.

Sve **Elke Hannack** (DGB): Ich will einmal beginnen mit Ihrer Frage nach dem Übergangssystem, Frau Rosenthal. Wir fordern immer ein systematisches Übergangsmanagement. Das muss wirkliche Übergänge dann aber auch garantieren und gewährleisten. Und zu diesem systematischen Übergangsmanagement gehören natürlich die Stärkung und der Ausbau der Jugendberufsagenturen. Detlef Scheele hat es als Senator in Hamburg in einem Modellprojekt vorgemacht. Das hat ihm die Statistiken zwei Jahre lang verhagelt, aber die wissen bis heute, wo jeder Jugendliche, der von der Schule in einem Jahrgang abgegangen ist, wo der ist, wo der sich befindet und was der macht. Und können da sehr zielgenau, zielgerichtet Jugendliche individuell unterstützen. Das brauchen wir bundesweit. Das ist ein System, was wirklich gewährleistet zu wissen, wo jemand verblieben ist. Wir fragen im Verwaltungsrat der BA jedes Mal, wo die

unversorgten Jugendlichen oder die verbliebenen sind. Die können im Ausland sein, die können hier sein, nichts machen, die können noch eine schulische Runde drehen, sie wissen es einfach nicht und das geht nicht. Wir brauchen systematisches Management im Übergang, damit keine jungen Menschen verloren gehen. Und wir brauchen die Stärkung der Berufsorientierung in allen Schulformen. Gymnasien haben Sie angesprochen. Und aus unserer Sicht ist es auch wichtig, dass dieser Kriterienkatalog Ausbildungsreife abgelöst wird, den die BA seit 2005 nutzt, um Jugendlichen zu bescheinigen, sie sind noch nicht reif für eine Ausbildung. So neunzig Seiten, das haben wir auch lange in der Enquete diskutiert. Wir brauchen im Grunde die Berufswahlkompetenz, Sie haben das gerade beschrieben, Herr Professor Esser, die ganz klar sagt, die Wahl eines Berufes muss in Passung gebracht werden mit den eigenen Fähigkeiten, den eigenen Interessen und den bestehenden Anforderungen eines Berufsbildes. Wenn wir das hinbekommen, glaube ich, haben wir große Chancen ein Stückweit die Passungsprobleme am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu lösen als bisher. Das Ganze geschlechtersensibel auszugestalten ist natürlich auch erforderlich. Da brauchen wir geschlechtersensible Angebote zur Berufsorientierung, um wirklich jungen Männern und Frauen klischeefreie Berufswahl zu erleichtern. Das ist, glaube ich, wichtig.

Herr Boginski, was haben wir bislang getan? Erst einmal muss ich sagen, in den letzten zwei Jahren, ohne die Lehrerinnen und Lehrer an den Berufsschulen, ohne die Prüferinnen und Prüfer der Kammern, ohne die Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben, die alles dafür getan haben Ausbildung aufrechtzuerhalten, ständen wir heute nicht so da, wie wir dastehen. Auch wenn es nicht gut ist, aber es wäre schlechter. Deshalb sind wir denen dankbar und wir haben vieles organisiert über die Allianz für Aus- und Weiterbildung. Frau Dr. Dorn, Sie wissen es auch. Wir haben ein Programm initiiert, um Ausbildungsplätze zu sichern. Das ist ein Programm, was durchaus Wirkung gezeigt hat. Auch wenn es effektiver hätte sein können. Das will ich auch sagen, aber es hat Wirkung gezeigt. Wir haben Prämien organisiert für die Betriebe, die in Corona-Zeiten ihre Ausbildungsplätze aufrechterhalten oder sogar ausgeweitet haben.



Diese Prämien sind abgeflossen. Wir haben die Prüfungsvorbereitung noch einmal kostenfrei gemacht für die Jugendlichen und haben sie intensiviert, Beratungsangebote von Seiten der Allianzpartnerinnen und -partnern gemacht. Da ist schon viel passiert. Das will ich auch sagen. Und all das hat dazu geführt, dass wir heute eine Situation haben, mit der wir durchaus noch umgehen können.

Frau Dr. Sitte, ja, wir hätten heute keine Diskussion über eine Ausbildungsgarantie, wenn die Wirtschaft allen Jugendlichen eine Perspektive bieten würde. Das tut sie aber nicht. 33 Prozent haben keine Perspektive in diesem Ausbildungsjahr am Ausbildungsmarkt. Dafür brauchen wir eine Ausbildungsgarantie. Und wir hätten auch keine Mindestausbildungsvergütung gehabt, wenn die Wirtschaft allen Jugendlichen ordentliche Ausbildungsvergütungen gezahlt hätte. Dann hätten wir die Forderung überhaupt nicht erhoben. Wo keine tarifvertraglichen Regelungen greifen, haben wir jetzt diese Mindestausbildungsvergütung. Wir haben keine Forderungen in diesem Jahr wegen der Anpassung an die Inflation. Das ist ein Ausnahmejahr. Ich hoffe, das beschränkt sich auch in dieser Höhe der Inflation auf dieses Jahr. Wir werden aber mittelfristig natürlich auch über eine Anpassung der Mindestausbildungsvergütung sprechen müssen. Aber ich sage das immer dazu: Gewerkschaften wollen tarifizierte Ausbildungsvergütungen. Das ist wirklich eine Mindestausbildungsvergütung als unterste Haltelinie. Wir müssen uns auch darum kümmern, gar keine Frage. Aber in diesem Jahr haben wir keine Forderungen. Wir haben im Bauhauptgewerbe eine Ausbildungsgarantie mit einer Umlagefinanzierung, die übrigens seit Jahrzehnten wunderbar funktioniert. Es ist auch gar keine Frage: Wir sind im Moment auf Länderebene in bestimmten Bundesländern dabei, genau diese Ausbildungsgarantie mit Umlagefinanzierung analog des Bauhauptgewerbes zu installieren. Und das ist auch eine riesen Chance, das hinzubekommen. Und wenn die Arbeitgeber in diesem Bereich dann anderen Arbeitgebern Hinweise geben, wie es funktioniert, warum es funktioniert und warum es gut und sinnvoll ist, das zu machen, glaube ich, kommen wir da ein Stückchen weiter. Knapp 20 Prozent aller Betriebe bilden aus. Ich weiß Frau

Dr. Dorn, es können nicht alle 100 Prozent der Betriebe in Deutschland ausbilden, aber wir gehen immer noch davon aus, dass es 40 bis 50 Prozent könnten, wenn sie wollten. Sie wollen scheinbar nicht. Das ist schlichtweg zu wenig. Wir müssen wieder mehr Betriebe, insbesondere die Kleinen, die wir in Corona verloren haben, in die Ausbildung zurückholen, die müssen wieder Ausbildung anbieten. Die Großen haben nicht wesentlich zurückgefahren, aber sie bilden auch nicht mehr wie früher über Bedarf aus, sodass wirklich komplett der Arbeitsmarkt bedient werden kann. Da müssen wir wieder mehr tun.

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Ich würde gerne noch einmal an zwei Punkten anfangen. Nämlich zum einen bei der Berufsorientierung. Da geht die Frage an Frau Dr. Dorn und Herrn Esser gleichermaßen: Wenn wir uns einig darüber sind und das war vorhin die Aussage, es ist viel getan worden. Ich bin sehr dankbar, Herr Boginski, dass Frau Hannack das so deutlich geschildert hat bis hin zu der Aufzählung der Repetitionsprämien, wo wir dann entsprechend den jungen Menschen ermöglicht haben, dass sie Prüfungsvorbereitungen noch einmal finanziert bekommen haben. Mir ging es darum, es wird unglaublich viel im Bereich der Berufsorientierung getan, aber die Struktur fehlt. Dieses hintereinander aufreihen, dieses eine auf das andere Praktikum abstimmen. Wen sehen Sie beide als möglichen Partner, der in the lead gehen kann, der sozusagen das gestaltet? Ist es die Schule? Ist es die BA? Wer soll da letzten Endes diese Strukturierung sicherstellen, die im Weiterbildungsbereich die Betriebe tun? Und Frau Hannack in aller Kürze: Wenn man die Betriebe motivieren will, wieder auszubilden, dann haben Sie jetzt gerade gesagt, Umlage und Ähnliches. Gibt es denn auch andere Varianten, die zu überlegen sind, wie wir die Betriebe wieder hineinbringen, zum Beispiel durch gemeinsame Ausbildung oder durch gemeinsame Gestaltung?

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD): Ich glaube, die Wahrheit über den Ausbildungsmarkt ist eine sehr differenzierte, weil wir nämlich nicht in allen Regionen und nicht in allen Branchen das gleiche Bild haben und wir deshalb, glaube ich, branchenspezifische und regionalspezifische Antworten brauchen. Deswegen würde ich, Herr Esser, Sie gerne fragen, welche regionalen



Antworten müssen wir denn geben, auch gerade mit Blick auf unterversorgte Regionen, die wir eben auch haben, wo wir zu wenige Ausbildungsplätze haben und wo wir auch im Moment noch kein Bild haben davon, wie sich die Lage nach der Corona-Situation entwickelt? Weil wir im Moment noch davon ausgehen müssen, dass die Statistik noch nicht wieder alle möglichen Bewerberinnen und Bewerber erfasst. Und an Frau Dorn und Frau Hannack würde ich gerne die Frage nach branchenspezifischen Lösungen stellen. Weil es natürlich ein Unterschied ist, ob die Schulen ins Chemiewerk gehen und da eine Ausbildungswerkstatt besichtigen oder wir eben auch in anderen Bereichen, in manchen Gewerken mit unattraktiven Arbeitszeiten konfrontiert sind usw. Das heißt für mich ist die Frage wichtig, was müssen wir beim Thema Attraktivität von Ausbildungsplätzen noch bewegen? Weil nur gut darüber reden, reicht am Ende nicht, weil die Jugendlichen schon eine rationale Entscheidung treffen, wo sie eine gute Zukunft haben.

Abg. **Dr. Anja Reinalter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die berufliche Ausbildung ist immer noch ein Schlüssel gegen den Fachkräftemangel. Und ich würde eher von einer Fachkräftekrise sprechen. Das wollte ich an der Stelle noch betonen, denn Katastrophe ist für mich auch etwas anderes. Jetzt ganz schnell meine Rückfragen an den Herrn Esser: In der Statistik werden die Ausbildungssuchenden aufgeführt und im Bericht stehen 24.614 unversorgte Bewerber/-innen. Können Sie einschätzen, wie viele nicht vom BA erfasst wurden und dennoch einen Ausbildungsplatz suchen? Die Frage, die Herr Kaczmarek gerade an den Herrn Esser gestellt hat, würde ich gerne an die Frau Dorn stellen: Wie wollen Sie denn in strukturschwachen Regionen sicherstellen, dass es da eine Ausbildungsmöglichkeit gibt? Und die dritte Frage auch an die Frau Dorn: Jetzt hatten wir in der Corona-Krise 185 Millionen Euro für das Corona-Sonderprogramm eingestellt, um kleine mittelständische Unternehmen für die Ausbildungen zu fördern. Die fallen jetzt weg. Wie bewerten Sie diese Maßnahme und welche Unterstützungen brauchen kleine mittelständische Unternehmen denn jetzt, um mehr Ausbildungsplätze anbieten zu können?

Abg. **Friedhelm Boginski** (FDP): Wir stimmen in vielen Positionen absolut überein, Herr Esser. Auch was Sie da sagen, es trifft Vieles auf das zu, was ich auch so empfinde. Trotzdem möchte ich noch einmal ganz deutlich machen: Ich glaube, dass wir die Länder extrem stark brauchen. Einerseits, was die Schulen betrifft, weil die Rahmenbedingungen für die Schulen zurzeit nicht optimal sind. Da ist ganz viel Bürokratie drin, denn Schulen können wirklich viel mehr. Ich komme aus dem Bereich, ich weiß, dass da viel mehr möglich ist, wo wir de facto Einfluss nehmen müssen. Das zweite, was mich noch bewegt: Ich habe am Montag mit Frau Professor Kleinert gesprochen. Sie ist in der Bildungsforschung und Berufsausbildung in Deutschland sehr engagiert. Sie hat zu mir gesagt, sie bekommt keine Daten. Die Länder verweigern sich dort praktisch Daten herüberzugeben, um eine Evaluation voranzutreiben. Auch das ist für mich noch einmal etwas, wo wir überlegen sollten, wie wir die Länder auf diese Problematik stärker fokussieren und sie stärker in die Pflicht nehmen können. Welche Möglichkeiten sehen Sie da?

Abg. **Nicole Höchst** (AfD): Meine erste Frage geht an alle drei bitte und zwar anknüpfend an das, was gerade gesagt worden ist, Dinge reparieren, die vorher falsch gelaufen sind. Wenn Sie in die Zukunft schauen und in Anbetracht der zusätzlichen Schwierigkeiten, die durch Corona an den zuliefernden Schulen sowie durch die diversen Migrationskrisen hinzugekommen sind. Wie stehen Sie zu der These, dass zukünftig die Unternehmen Ausbildungskräfte finden werden, die in der Lage sind, Angebote zu machen, dass Schüler rechnen, schreiben, lesen und andere Fähigkeiten und Fertigkeiten und Kompetenzen, die sie in den Schulen nicht erwerben können, dort noch erwerben können? Das betrifft die Universitäten mit ihren Propädeutika genauso. Also werden die Betriebe am Markt als Ausbildungsbetriebe überleben, die das bieten können? Frau Hannack, Sie führen separat Inklusion in der beruflichen Bildung aus, super. Wie viel Prozent der Jugendlichen, die an den Ausbildungsmarkt drängen, betrifft das denn? Haben Sie Kenntnisse darüber, welche Teilhabeerschwerpunkte hier vorherrschend sind? Danke.



Abg. **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.): Meine Frage noch einmal an Frau Hannack. Auch hier in dieser Runde wird der anhaltende Trend zu höherer Bildung beklagt und im Papier von Professor Esser haben sich Vorschläge für restriktivere Maßnahmen gefunden. Also strengere Verfahren für den Hochschulzugang. Jetzt haben wir in Deutschland sowieso schon ein Gerechtigkeitsproblem, was den Zugang zur Bildung und eben zu sogenannter höherer Bildung anbelangt. Alleine vor diesem Hintergrund ist es natürlich problematisch, den Zugang weiter zu verengen. Aber auch abseits dieser Gerechtigkeitsfrage: An welcher Stelle sollte die Verengung des Hochschulzugangs eigentlich dabei helfen, auch nur einen jungen Menschen mehr mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen, weil die strukturellen Probleme des Ausbildungsmarktes werden dabei nicht angegangen? Ich habe vielmehr den Eindruck, dass viele Betriebe, das vorhandene Potential zur Gewinnung von Azubis gar nicht ausschöpfen, sondern es wird eben betriebsseitig her auf Bestenauslese gesetzt und sich darüber beklagt, dass so viele junge Menschen nicht ausbildungsreif seien, obwohl sie ja über einen Schulabschluss verfügen. Mit welchen Maßnahmen kann man Betriebe dazu ermuntern, auch jungen Menschen mit Haupt-, Mittel- und Realschulabschluss eine Ausbildungsstelle anzubieten?

Abg. **Stephan Albani** (CDU/CSU): Ich möchte noch einmal auf den DQR eingehen. Eben wurde gesagt, dass der ZDH die einzige positive Position zur Verrechtlichung einnehmen würde. Es liegt zur heutigen Sitzung auch eine Stellungnahme der DIHK vor, die diesbezüglich gleich lautend ist. Also insofern die Fragestellung, hier diesen Schritt zu gehen, Herr Professor Esser, meine letzte Frage an Sie. Es gab auch einmal eine Zeit, da war ein Kilogramm in Flensburg etwas anderes als ein Kilogramm in Hamburg. Dann wurde das Eichamt eingeführt und es sorgte dafür, dass in Flensburg ein Kilogramm dasselbe ist wie in Hamburg. Dieses Eichamt hat nicht festgelegt, welchen Preis ein Kilogramm Pflaumen in Flensburg haben und auch nicht festgelegt, wie viel ein Kilogramm Pflaumen in Hamburg kostet. Worauf will ich hinaus, Herr Professor Esser? Wenn wir einen Maßstab haben, der gleich dem Eichamt festlegt, was gleich ist und zwar mit aller

Schärfe - und damals war es vom König und Kaiser festgelegt, dass dieses Kilogramm ab jetzt zu gelten habe, um Frieden zu schaffen im Reich – dann wäre doch dieses letzten Endes kein Eingriff in die Tarifffrage, die dem nachgeordnet ist, genau wie die Festlegung des Preises der Pflaumen, letzten Endes etwas völlig zweites ist.

Abg. **Jessica Rosenthal** (SPD): Vielleicht noch einmal eine kurze Vorbemerkung. Ich glaube, dass wir uns alle sehr einig sind, dass das Problem gravierend ist. Deshalb möchte ich noch einmal die vielen Wortbeiträge unterstreichen, die eben klar darauf verweisen, dass es nicht nur ein Passungsproblem ist und nicht nur eine Frage von Gleichwertigkeit von akademischer Bildung und beruflicher Bildung, sondern auch die strukturellen Probleme in den Fokus gerückt werden müssen. Ich glaube, das sollte auch unser Anliegen sein, genau diese Breite, wenn wir das wirklich neudenken wollen, wie Sie Herr Albani, auch gesagt haben, aber auch Sie, Frau Gohlke, dann sollten wir das mit Blick auf die Fragen machen. Mich würde interessieren, gerade an Sie Herr Esser und Frau Hannack. Die Jugendberufsagenturen werden immer wieder betont. Wie müssen Schule und Jugendberufsagenturen noch besser zusammenarbeiten, wie können wir das verbessern? Eine Frage an alle: Wenn wir die Mobilität verbessern wollen, was wäre eine konkrete Forderung an uns, wie wir die Ausbildungsmobilität erhöhen können? Die Verbesserung der Verzahnung von Aus- und Weiterbildung ist unstrittig. Vielleicht auch aus Perspektive der Gewerkschaft noch einmal: Was sind Forderungen, die Sie sehen, um diese Verzahnung noch einmal zu verbessern und damit die Attraktivität auch zu steigern? Danke.

Sve **Dr. Barbara Dorn** (BDA): Vielen Dank. Ich fange einmal mit der allerletzten Frage an. Wie kann man die Mobilität verbessern? Zentrale Ansatzpunkte sind aus unserer Sicht, dass die Mobilitätskosten für die Jugendlichen ein Stück weit aufgefangen werden. Gerade auch in dem Bewegten zwischen dem Ausbildungsplatz, der Berufsschule in bestimmten Bereichen gerade des Handwerks, dann noch die überbetriebliche Ausbildung und dem Heimat- oder Wohnort. Die Auszubildenden sind heute in der Regel bei Ausbildungsantritt 19 Jahre oder älter. Im Schnitt



sind sie 19 Jahre alt. Zur Erleichterung des Entschlusses sich zur Ausbildung innerhalb von Deutschland zu bewegen, so wie das ein studierender junger Mensch auch macht. Wenn hier finanzielle Engpässe herrschen, gibt es auch entsprechende Unterstützungstools.

Damit ganz kurz zum Stichwort Mindestausbildungsvergütung. Dazu würde ich gerne den Hinweis einbringen, dass der geltenden Regelung im Berufsbildungsgesetz durchaus ein gemeinsamer Denkens- und Vorschlagsprozess der Vorsitzenden von DGB und Präsident der BDA damals zu Grunde lag. Herr Hoffmann und Herr Kramer hatten einen gemeinsamen Vorschlag der Politik vorgelegt, der dann auch so umgesetzt wurde und eine beträchtliche Dynamik enthält. Jedes Jahr steigt die Mindestausbildungsvergütung – im Moment um 35 Euro, also um sechs, sieben Prozent – und ab einem gewissen Jahr wird dann eine Anpassung an die durchschnittlichen tariflichen Erhöhungen der Ausbildungsvergütung erfolgen. Hier ist also eine beträchtliche Dynamik drin. Und es werden durchaus, auch anders als zu Beginn, dann gewisse untere Absprachen in tarifvertraglichen Vereinbarungen erreicht und überholt werden. Hier ist mit Sicherheit kein politischer Handlungsbedarf.

Zum Stichwort: Was kann die Rolle der Jugendberufsagenturen sein und wie kann auch die Schnittstelle zwischen den Schulen, der Kultusverwaltung, der Bundesagentur und den Jugendberufsagenturstrukturen, die vielfältig sind und es auch bleiben sollen, sein? Denn da gibt es regional unterschiedliche Herausforderungen. Wie kann das verbessert werden? Nach unserer letzten Sitzung im BiBB-Hauptausschuss letzte Woche, glaube ich, Herr Esser, wir waren beide dabei, haben wir einen sehr starken Eindruck gewonnen, dass die Datenschnittstelle, die jetzt mit einer bundesrechtlichen Regelung des § 31 SGB III zum Juli 2020 gut aufgestellt worden ist, noch sehr daran krankt, dass es fast keine entsprechenden Länderregelungen gibt, die dem gleichziehen. In der Konsequenz, dass die Daten in Bremen gut, in Hamburg bedingt und in anderen Bundesländern nach wie vor fast überhaupt nicht fließen. Also Daten von den Schulen an die BA oder ihre Jugendberufsagenturen. Und dass es umgekehrt bei der Rückmeldung der BA noch viel schwieriger ist. Dass die BA dann rückmelden

darf, wer hat sich denn tatsächlich gemeldet von den Schülern, bei wem sollten die Schulen auch noch einmal nachfassen, damit sie auf die umfassenden Angebote der BA dann auch zurückgreifen. Da ist noch viel zu tun. Sicher auch coronabedingt alles eingeschränkt, aber das wäre eine sehr nützliche politische Schnittstelle, wo man auch die Länder ermuntern könnte, hier voranzukommen.

Zwei statistische Details möchte ich noch nennen. Zum einen: Hier wurde sehr oft die Zahl genannt, dass 20 Prozent der Betriebe ausbilden. Ja, das ist die eine Seite der Wahrheit, wenn man bundesweit alle Betriebe zählt. Auf der anderen Seite gibt es die sehr interessanten Zahlen des IAB, das glaube ich, nicht im Verdacht steht, einäugig zu forschen und zu publizieren, dass 80 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe tatsächlich ausbilden, davon rund die Hälfte ohne Unterbrechung und die andere Hälfte mit Unterbrechungen. Die mit den Unterbrechungen sind vor allen Dingen die KMU. Bei den Großunternehmen über 250 Mitarbeitende, bilden 94 Prozent permanent aus. Bei den Kleinstunternehmen bis zu 9 Mitarbeitende, sind es 27 Prozent. Es gibt hier eine umfangreiche Spannweite. Aber das Potential der Betriebe, die tatsächlich die Befähigung haben, auszubilden, die es dann tatsächlich tun, ist schon recht gut ausgelastet.

Was kann die Politik noch tun? Beim Chancenzuwanderungsgesetz und überhaupt bei der Modernisierung der Zuwanderungsgesetzgebung kann sie die Ausbildung mit im Auge behalten. Wir haben hier Ausbildungschancen nicht nur für Jugendliche, die schon im Land sind, sondern auch für solche, die vielleicht interessiert sind, in das Land zu kommen und dann entweder auch hier zu bleiben oder auch mit einer guten Ausbildung zurückzugehen. Und wir haben bei den 60.000 Ausbildungsplätzen, die freigeblieben sind, eben 20.000 Jugendliche, die definitiv keine der gebotenen Chancen ergriffen haben, also unversorgt geblieben sind. Und wenn man dazu die zählt, die eine Ausbildung haben, mit der sie nicht einhundertprozentig zufrieden sind, die noch einmal wechseln wollen oder die inzwischen einen schulischen Weg einschlagen, dann kommt man auf die Zahl 78.000. Das ist der



engere und der weitere Unversorgtenbegriff. Aber im Prinzip haben wir ein deutliches Überwiegen der Probleme der Betriebe, Auszubildende zu finden gegenüber den Problemen bezüglich der Auswahlchancen, die für die Jugendlichen da sind.

Wichtiges Thema bei dem ganzen Bereich Durchlässigkeit und Übergang: Wir haben das duale Studium mit an die hunderttausend Studierenden, die auch eine Ausbildung mit hochschulischen Ansätzen machen, teilweise praxis- oder ausbildungsintegriert, sprich mit oder ohne Kammerprüfung. Das ist auch ein Potential, das wir wirtschaftsseitig weiter ausbauen möchten und wo wir sehr interessante und gute Ausbildungschance, gerade auch für leistungsstärkere Jugendliche, bieten können. Und zum Stichwort DQR. Letzter Satz. Ja, der DIHK befürwortet auch den DQR. Ich hatte für die Gesamtheit der Arbeitgeber und der Industrieverbände in Deutschland gesprochen. Wir gestalten die Bildungspolitik seitens der BDA für den BDI mit. Die Kammerorganisationen haben einen etwas anderen Blick auf Betriebe und auf Bildungspolitik als die Arbeitgeber- und Industrieverbände und bei dem Thema stellt sich das eben einmal dar.

Sv Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser
(Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB)): Vielen Dank. Herr Albani, wie gestalten wir die Organisation der Berufsorientierung vor Ort? Schlicht und ergreifend, mag sich jetzt etwas theoretisch anhören, aber der Denkansatz ist der, dass wir, wie der Begriff regionale Bildungsnetzwerke das im Grunde genommen ausdrückt, dass Sie im Rahmen dieser Netzwerkbildung auch Positionen bilden müssen, die dieses Netzwerk managen. Und im Grunde genommen muss das ein Gremium sein, was sowohl die Leitung in der Schule, als auch die Vertretung der Wirtschaft, respektive Potentiale aus den Kammern bzw. aus den Kreishandwerkerschaften und Innungen berücksichtigt. Ganz einfach.

Herr Kaczmarek, branchenspezifisch regionale Antworten und Stichworte sind schon von Frau Dorn genannt worden. Azubi-Ticket ist etwas ganz wichtiges. Wir müssen die Mobilität in den Blick nehmen. Azubi-Tickets halte ich für ganz wichtig. Azubi-Wohnen ist es auch. Wir kennen ja immer

noch die sogenannten Studentenwohnheime. Wir müssen diesen Begriff auflösen zugunsten eines anderen Begriffes, der auch Auszubildende mit einschließt.

Stichwort: Übernahme von Kosten und steuerliche Entlastungen für Betriebe in strukturarmen Gegenden, die dadurch gegebenenfalls neue Anreize bekommen, auszubilden. Genauso wie umgekehrt. Die Auszubildenden leisten im Gegensatz zu Studierenden auch steuerliche Beiträge, dass man da auch einmal überlegt, wie man da entlastet. Die überbetrieblichen Bildungszentren sind für mich da auch ganz wichtig. Gerade auch in strukturärmeren Regionen, um das aufzufangen, was die Betriebe selber nicht lösen können. Bitte die Förderung der überbetrieblichen Bildungseinrichtungen nach wie vor im Blick halten und nicht absenken. Gerade auch, was jetzt die Digitalisierung angeht. Hier sehen wir ebenfalls wahnsinnig viel Bedarf an Erweiterungen, auch um die Dinge einzuführen, die wir für eine digitalunterlegte Qualifizierung brauchen. Und das entlastet auch da, wo Betriebe weniger die Potentiale haben, entsprechende moderne Ausbildungen anzubieten.

Was ich auch interessant finde, sind die hybriden Formen des Lehren und Lernens, die wir durch Corona zusätzlich gelernt haben. Ich denke über Anteile nach, die berufsbildenden Schulen und auch die Unterrichtsanteile ebenfalls stärker einmal in den Blick zu nehmen, inwieweit sie auch in digitaler Form anzubieten sind, sodass man gegebenenfalls nicht aus der Region zweimal zur Berufsschule anreisen muss, sondern dass man das auf einmal reduziert, weil man anderes in digitaler Respektive hybrider Form anbieten kann. Das wären für mich einmal wichtige Punkte, um strukturarme Regionen zu unterstützen und zu helfen.

Herr Boginski, Ihr Plädoyer, die Länder stärker mit in den Blick zu nehmen, wie kann man das machen? Was ich interessant finde - jetzt komme ich doch noch einmal auf den Deutschen Qualifikationsrahmen – ist, dass diesen Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen gibt und das ist im Grunde genommen eine Plattform, wo die Hochschul-, Schul-, berufliche Bildungsseite und die Volkshochschulen zusammen an einem Tisch sitzen und im Grunde



auch über Strukturthemen beraten. Und bislang ist es so, dass die Berufsbildungsseite, die dem Berufsbildungsgesetz unterliegt, gesetzlich im Grunde genommen zum Kultusbereich induziert ist. Es geht nicht darum, die Gesetze jetzt zu verändern, sondern um das Aufbrechen dieser Grenze, die da auch impliziert als Nebenwirkung da ist. Wo man dann genau auch diese Fragen in den Blick nimmt, die hier aufschlagen, die nur dann gelöst werden können, wenn sich Bund und Länder zusammensetzen und darüber nachdenken. Das heißt also, eine andere Reflexionsebene schaffen als das, was wir zurzeit haben, was sehr stark endogen orientiert ist. Das heißt, wir haben unsere Gremien, die Kultusseite, die denken ja auch über Berufsbildung nach, aber wieder in ihrem Bereich und das geschlossen. Wie kann man das stärker aufbrechen und eine gemeinsame Plattform schaffen?

Herr Albani, Stichwort Eingriff in die Tarifautonomie: Da widerspreche ich auch Frau Dorn. Es gibt Good Practice, die Österreicher machen das, die Schweizer machen das. Und ich habe nie gehört, dass das Tarifprobleme sind. Außerdem darf man auch schon voraussagen, Frau Dorn, wenn das so weitergeht, haben wir in fünf Jahren Meisterstunden, die bei den Installateuren über 100 Euro kosten. Es wird sich vom Markt her alleine schon anders darstellen. Dann möchte ich noch einmal unterstreichen, wir haben mehr Missbrauch auch an der Stelle. Das heißt, Anbieter von Qualifizierung werben mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen, obwohl sie damit überhaupt nichts zu tun haben. Das heißt, er wird missbraucht. Und von daher auch hier noch einmal ein Plädoyer für die Verrechtlichung.

Frau Höchst, Stichwort Nachqualifizierung: Da sage ich ganz konkret, es ist gut, wenn Unternehmen helfen, unterstützen und Nachhilfe geben, aber es kann einfach nicht sein, dass wir systemisch überlegen, wie wir jetzt auch in der beruflichen Bildung dafür Sorge tragen, dass Unternehmen jetzt auch noch den jungen Leuten beibringen, wie sie rechnen und schreiben. Also das muss Schule und Vorschule gewährleisten. Das ist noch einmal das, was ich auch am Anfang gesagt habe, dass man doch im Systemzielfokus bleiben soll.

Und Frau Rosenthal, Jugendberufsagenturen und Mobilität verbessern, da habe ich etwas zu gesagt.

Zu Jugendberufsagenturen haben wir letzte Woche im Hauptausschuss auch beraten. Wir haben festgestellt, dass dieser Begriff ungeklärt ist und dass wir zu einem Hauptnenner erst einmal kommen müssen, was ist eigentlich eine Jugendberufsagentur? Wir haben gesehen, es gibt also regionale Unterschiede und dass wir Eckwerte definieren müssen, was eine Jugendberufsagentur ist und was sie ausmacht. Also, die Aufgaben noch einmal klären, das machen wir jetzt im Hauptausschuss und werden das entsprechend weiter vertiefen. Bleiben wir im Gespräch.

Sve **Elke Hannack** (DGB): Vielleicht ganz kurz. Der Stephan Albani hat ja gefragt, welchen Anreiz man setzen kann, um außerhalb der Ausbildungsgarantie Betriebe für mehr Ausbildung zu begeistern. Ich habe jetzt die Ausbildungsgarantie immer aus Sicht der Jugendlichen gesehen, die eine Garantie bekommen, nicht aus Sicht der Betriebe, weil es durchaus sein kann, dass am Ende die gleiche Anzahl der Betriebe mehr ausbilden, um die Ausbildungsgarantie einzulösen, aber alle Betriebe dafür bezahlen, wenn es nach unserem Modell geht. Also insofern gibt es dann natürlich die Verbundausbildung. Wir haben die ASA. Wir haben, wie ich finde, unglaublich viele Instrumente der Förderung gerade für kleine und mittlere Betriebe, die teilweise bis zu einer halben Arbeitskraft einstellen können, um Ausbildung zu organisieren. Was soll der Staat noch mehr leisten? Alles über Steuergelder, da haben wir wirklich viele gute Instrumente, die aber dann auch an die Arbeitgeber herangetragen werden müssen. Ich weiß aus meinen alten Verwaltungsausschüssen im Bereich Oberberg, Gummersbach und Rheinberg, dass die Arbeitgeber von diesen Instrumenten überhaupt nichts wissen. Da muss die Bundesagentur aber auch wirklich einmal reingehen. Sie haben extra Stellen für die Arbeitgeberinformation, um diese Informationen an die Arbeitgeber zu bringen. Ich glaube, dann wäre viel geholfen.

Attraktivität von Ausbildungsplätzen, ja. Wir sind gerade jetzt nach der Pandemie oder noch während der Pandemie gerade in dem Bereich, wo wir über Sechs- oder Sieben-Tage-Wochen sprechen, wo wir über Abend- und Nachtarbeit sprechen, wo wir über frühe Morgenarbeit



sprechen, ich nenne den Hotel- und Gaststättenbereich, die Pflege, auch das Bäckerhandwerk. Da haben wir nächste, übernächste Woche einmal Gespräche dazu, dass die unglaublich unattraktiv geworden sind für junge Menschen. Junge Menschen haben Ansprüche an Betriebe und Unternehmen. Und dazu gehört eine Work-Live-Balance zum Beispiel oder auch einfach einmal Zeit für Bildung und Weiterbildung oder Zeit für mich, für meine persönliche Entwicklung. Was auch immer. Die haben Ansprüche, die diese Berufe nicht mehr erfüllen können. Deshalb müssen bestimmte Arbeitgeberverbände auch einmal in sich gehen. Bei dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, DEHOGA, reden wir seit zwanzig Jahren gegen Wände, sage ich auch dazu. Und müssen attraktive Ausbildungsbedingungen bieten. Dazu gehören auch attraktive Arbeitszeitmodelle zum Beispiel. Es muss nicht jeder junge Mensch sieben Tage in der Woche jeden Sonntag arbeiten, jeden Feiertag arbeiten. Also Arbeitszeitmodelle, die auch eine Work-Live-Balance ermöglichen. Dazu gehört allerdings auch, gerade DEHOGA, auch im Pflegebereich eine Aufwertung dieser Berufe. Eine gesellschaftliche Aufwertung der Berufe. Die kann man nicht nur über mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen leisten. Eine Aufwertung muss gesellschaftlich geschehen, da kann die Politik auch Vorreiter sein und Rahmenbedingungen setzen, glaube ich. Da wäre schon viel gewonnen.

Schreiben, lesen, rechnen, Frau Höchst, ich sehe es wie Herr Professor Esser, das muss die Schule leisten. Und ich akzeptiere auch nicht, dass jemand aus einer 10. Klasse kommt und nicht schreiben, lesen, rechnen, kann. Dann müssen wir uns ernsthaft auch in der Politik auch mit den Ländern einmal über eine Schulreform unterhalten. Das finde ich, geht überhaupt nicht mehr.

Teilhabeerschwernisse, Inklusion: Ich muss mich entschuldigen, ich habe die Zahlen hier irgendwo in meiner Mappe, ich finde sie nicht. Ich würde sie Ihnen heute im Laufe des Tages nachreichen.

Und Datenschnittstelle Schulen und Jugendberufsagenturen, da müssen wir auch heran. Mit den Ländern insbesondere, dass wir da die Schnittstellen so hinbekommen, dass ein

ordentlicher Datenaustausch möglich ist. Aber der Datenaustausch alleine bringt es nicht, man muss sich um die Jugendlichen kümmern. Und zwar dann auch mit allen Akteuren, die zuständig sind.

Und Frau Dr. Sitte zum Schluss.

Bestenausbildung haben Sie es genannt. Ja, also die Anforderungen der Betriebe oder die Kriterien für den Zugang zu einer Ausbildung sind im Laufe der letzten Jahre immer höher geworden. W früher ein Hauptschüler Mechatroniker werden konnte, sagen heute die Betriebe, die es anbieten: „Nee, nee, da nehmen wir nur noch mit Realschulabschluss, sonst haben wir zu viel zu tun.“, sagen mir Ausbilder und Ausbilderinnen in den Betrieben. Das heißt, wir müssen uns auch wieder ein bisschen mehr kümmern, um die jungen Leute. Früher haben wir uns mehr gekümmert, dann nannte man einen Ausbilder auch Kümmerer und Kümmererinnen. Insofern müssen wir da auch herunterschrauben. „Jeder, der Einzelhandelskaufmann oder -kauffrau werden will, braucht Abitur.“ Auch solche Ausschreibungen finden wir inzwischen. Da muss man dann auch wirklich einmal herunterschrauben und sagen: „Komm‘ jetzt über Berufswahlkompetenz muss man wirklich jedem Jugendlichen ein Angebot machen können.“ Wir haben genug Berufe, gerade im Handwerksbereich, die attraktiv sind. Auch heute attraktiv sind, mit guten Aufstiegschancen, die müssen wir dann aber auch vermitteln.

Der Vorsitzende: Frau Dorn, Herr Esser, Frau Hannack, ganz, ganz herzlichen Dank für die sehr inspirierenden Inputs. Danke, dass Sie da waren und uns zur Verfügung standen. Es war sehr wichtig, dass wir uns als Ausschuss für Bildung noch vor der Parlamentspause mit den Großtrends in der beruflichen Bildung und den Berichten beschäftigt haben. Es ist sicherlich Aufgabe gerade unseres Ausschusses, die Fachkräftekrise zu bewältigen. Und ich habe große Übereinstimmung wahrgenommen, dass es darum gehen muss, die strukturellen Herausforderungen so anzugehen, dass die berufliche Bildung zukunftsfester und krisenresilienter wird. Und man sicherlich die Frage der Berufsorientierung sich noch einmal genauer anschauen muss. Und wir auf jeden Fall auf mehr Meister und Master abzielen sollten, um die Gleichwertigkeitsdebatte noch einmal auf diese Formel zurückzubringen. Ganz herzlichen



Dank an Sie als Sachverständige. Und ich sage
gerne – auf bald. Dankeschön.

Ich schließe jetzt diese 14. Ausschusssitzung.

Schluss der Sitzung: 11:11 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender